

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Riepeck, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannsch u. Co., Magdeburg, Geschäftsstelle: Salsbörger 49, Fernspr. 1587. Redaktion und Druckerei: Or. Münzstr. 8. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Frangobrief) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen vierteljährl. 3 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 erst. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restateil Seite 50 Pf. — Post-Zeitungsstelle Seite 990

Nr. 188.

Magdeburg, Mittwoch den 15. August 1906.

17. Jahrgang.

Wer sich nicht fügt, fliegt.

In dem allgemeinen Trubel, welchen die verschiedenen Korruptionsskandale hervorgerufen haben, ist eine kleine Episode zu wenig besprochen worden, die — obgleich an sich gewiß nicht von übermäßiger Bedeutung — doch verdient, mit ein paar Worten unterstrichen zu werden. Wir meinen den Ausschluß des bekannten Scharfmachers Dr. Lille aus der nationalliberalen Partei. Vor etwa 14 Tagen berichtete die „Völnische Zeitung“, bekanntlich eines der führenden Organe der nationalliberalen Partei, daß in einer Sitzung des Provinzialvorstandes ihrer Partei für die Rheinprovinz folgendes als einstimmige Ansicht des Vorstandes ausgesprochen worden ist:

Herr Handelskammersekretär Dr. Lille hat sich in Wort und Schrift, insbesondere in sozialpolitischer Hinsicht, so gänzlich außerhalb des Rahmens der nationalliberalen Partei gestellt, daß er nicht mehr als deren Mitglied angesehen werden kann.

Bekanntlich läßt sich darüber streiten, ob der hier angegebene Grund hinreichend darf, um jemand aus einer Partei, der er sich zuhört, auszuschließen. Wenn wir unsere Meinung darüber äußern dürfen, so ist es die, daß allerdings jede Partei eine Vereinigung von Personen darstellt, welche über bestimmte Fragen derselben Ansicht sind und welche sich gerade zu dem Zweck zusammengeschlossen haben, diese Ansicht im öffentlichen Leben zu vertreten. Demzufolge kann jemand, der diese Ansicht nicht oder nicht mehr teilt, Mitglied der Partei nicht sein. Es muß aber dann, so meinen wir, ihm selbst seiner eignen Ehrlichkeit und Ueberzeugungstreue überlassen bleiben, auszutreten, fintelmal kein anderer ihm ins Gesicht schauen, kein anderer darüber, was er als wahr und richtig anerkennt, ein Urteil abgeben kann, so daß ein Ausschluß wegen Meinungsverschiedenheiten notwendigerweise stets zu einem Vorgehen werden muß. Das ist indessen unsere ganz private Meinung und wir geben gern zu, daß die entgegengesetzte Meinung ebenfalls ihre Berechtigung haben mag, wie sie denn auch tatsächlich innerhalb der sozialdemokratischen Partei zahlreiche Vertreter und Anhänger hat. Demzufolge stehen wir auch der nationalliberalen Partei ohne weiteres das Recht zu, die Frage in einem ihr genehmen Sinne zu entscheiden. Zudem hat die Sache doch noch einen kleinen Haken, oder sogar mehr als einen.

Erstens einmal: als seinerzeit der Meinungsstreit innerhalb der sozialdemokratischen Partei hohe Wellen schlug, da wurden unsere Gegner nicht müde, immer und immer wieder auf die „Unterdrückung der Meinungsfreiheit“ hinzuweisen, die angeblich bei uns herrschen sollte. Da war bei ihnen beständig von sozialdemokratischen „Zensoren“ und „Kegerrichtern“ die Rede, die über der Reinheit des „Dogmas“ wachen und jeden anklagten, der auch nur um Haarsbreite davon abweicht; da wurde das Wort geprägt: „Wer sich nicht fügt, fliegt“; da wurde der „Unsehbarkeitsdünkel“ getadelt, der nach gegnerischer Behauptung jede selbständige geistige Regung innerhalb der Sozialdemokratie unterdrücke. Und das alles, obgleich, wohlverstanden, nicht ein einziger Mensch wegen seiner Ansichten aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden ist! Ja, es ist nicht einmal ein dahingehender Antrag gestellt worden! Die gestellten Ausschlußanträge, die bekanntlich alle abgelehnt wurden, grüdeten sich, wie man weiß, auf andre Umstände, aber nicht auf Ansichten.

Nichtsdestoweniger ist das Märchen von der „sozialdemokratischen Gesinnungsflaverei“ von unsern Gegnern sorgsam gehütet und gepflegt worden und wird noch heute der blöden Masse ihrer Anhänger bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit aufgetischt. Und zur selben Zeit geniert sich die nationalliberale Partei nicht im mindesten, einen Mann wegen abweichender Ansichten ungehört und ungefragt hinauszuwerfen! Denn das ist ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen uns und jenen. Mit welchen ausgedehnten Sicherheitsmaßnahmen ist nicht bei uns ein Ausschluß umgeben! Ein vollständiges Schiedsgerichtsverfahren mit genauer Feststellung des Sachverhalts findet statt, worin dem Beschuldigten volle Gelegenheit geboten wird, seine Sache zu führen. Dort aber befindet einfach der Vorstand in einer seiner Sitzungen so nebenbei darüber, ob jemand die „parteiunlich abgestempelte“ Meinung hat oder nicht. Wer keine Gnade vor diesem Geheimtribunal findet, ist ausgeschlossen und es trägt kein Sohn danach!

Wir sagten schon: man kann sehr wohl zweierlei Meinung darüber sein, ob jemand, dessen Ansichten von denen der Partei in grundlegenden Fragen abweichen, auszuschließen ist oder nicht. Wer meint man sich selbst so verhält wie die nationalliberale Partei, wenn man jetzt in solchem Falle den Ausschluß als etwas ganz Selbstverständliches handhabt — welche ungeheure Heuchelei gehört dann nicht dazu, ein noch lange nicht so weit gehendes Verfahren der Sozial-

demokratie als Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu demunzieren! Man sieht auch hieran wieder, wie vergiftet die Waffen sind, mit denen unsere Gegner gegen uns kämpfen.

Und dabei ist das noch nicht einmal alles. In Wahrheit ist Dr. Lille nämlich gar nicht wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten gemastet worden, sondern das hat man nur als Vorwand gebraucht. Das haben die „Berliner Neuesten Nachrichten“ verraten, indem sie schrieben:

Der eigentliche Grund (des Ausschlusses) ist die Frage des Buchdrucker-tarifs. Lille kämpft gegen die Erneuerung des Tarifs; er will nicht, daß die tarifstreuen Druckereien von Staat und Kommune den tarifgegnerischen vorgezogen werden, und sucht nun die Industrie zu veranlassen, die tarifgegnerischen Druckereien zu unterstützen. Wenn in der Tat diese Druckereien das Interesse der Arbeitgeber hochhielten, wäre gegen diese Stellung nichts einzuwenden. Da das aber nicht zu behaupten ist, so ist es nicht das Amt eines Handelskammer-Syndikus, in diese Streitfrage sich leidenschaftlich und parteiisch einzumengen.

Man beachte wohl die von uns gesperrt gedruckten Worte. Aus ihnen ergibt sich folgender Gedankengang: Prinzip der nationalliberalen Partei ist, „das Interesse der Arbeitgeber hochzuhalten“; das will Herr Lille auch; er meint, die Verhinderung des Buchdrucker-tarifs sei ein Mittel dazu; der Parteivorstand hält dagegen dieses Mittel für ungeeignet. Also nicht über das Prinzip gehen die Meinungen auseinander, sondern über die Frage, ob ein Mittel tauglich ist, dem Prinzip zu dienen, d. h. über eine simple Frage der Taktik. Und das genügt schon, um den Mann zu hängen! Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind sich hierüber vollkommen klar, denn sie fahren fort:

Daß insbesondere die nationalliberale Partei diese grundsätzliche Bekämpfung der Tarifvereinigung als Schädigung ihrer sozialen Taktik mißbilligt, ist so, wie die Dinge im Parlament nun einmal liegen, sehr begreiflich. Mit Gendarmen-Diplomaten wie Lill kann eine Partei bei den schwierigen Verhältnissen nicht kooperieren. Freiheit und Verachtung der Taktik ist zweierlei. Daran ist Lille gekranket.

Auch diese Bemerkung ist überaus interessant. Einmal weil sie klar zeigt, daß man bei den Nationalliberalen schon „fliegt“, wenn man sich nur in Fragen der Taktik ein selbständiges Urteil erlaubt. Bei uns Sozialdemokraten dagegen denken bekanntlich selbst diejenigen Genossen, die wegen prinzipieller Differenzen den Ausschluß rechtfertigen, bei bloß taktisch ein Meinungsverschiedenheiten nicht im entferntesten daran. Also auch hier geht bei den Nationalliberalen die Keger- und Splitterrichterei viel weiter, als man uns gegenüber auch nur zu erfinden wagte. Dann aber läßt diese letzte Bemerkung der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zwischen den Zeilen die Wahrheit erraten. Und die ist offenbar, daß Herr Lille den augenblicklichen, vielleicht ganz vorübergehenden Wandern der nationalliberalen Parteileitung unbehaglich ist. Offenbar spekulieren diese Leute auf die Buchdrucker oder auch auf die Arbeiter im allgemeinen, oder auf sozialreformistische Bourgeois, und hoffen, einen Teil von ihnen als Wähler einzufangen zu können. Diese Kreise nun fördern die Scharfmachereien des Herrn Lille, und deshalb, nur deshalb muß er fliegen. Bei Dichte befehen, liegen also nicht einmal ernstliche taktische Meinungsverschiedenheiten vor, sondern er ist den Herren im hohen Rat nur augenblicklich unbehaglich geworden. Und das genügt bei diesen „Verteidigern der Meinungsfreiheit“, um ihn aus Messer zu liefern!

Natürlich hat man auch gleich ein diplomatisch-pfäffisches Sprüchlein bereit, um diese frasse Kegerichterei in ihr Gegenteil umzuflügen. Freiheit — selbstverständlich, die gibt's allemal bei den Nationalliberalen: Freiheit des Wortes, Freiheit der Schrift, Freiheit der Meinungsäußerung. Aber Freiheit und Verachtung der Taktik ist zweierlei. Und wenn jemand tut, was den hohen Herren nicht paßt, dann ist das eben nicht Freiheit — die würde jeder gute Nationalliberale mit dem letzten Blutstropfen verteidigen — sondern es ist „Verachtung der Taktik“! Unsere Genossen werden gut tun, sich das Sprüchlein zu merken. Es kennzeichnet die Verlogenheit unserer Gegner und kann ihnen entgegengeschiebert werden, wenn sie wieder einmal von sozialdemokratischer Kegerichterei schwärzeln.

Zum Schluß noch eine Kleinigkeit. Der „Fall Lille“ hat irgendwelche Aufregung nicht hervorgerufen. Herr Lille selbst hat sich dazu überhaupt nicht geäußert. Ihm ist es offenbar, wie man zu sagen pflegt, ganz „schuppe“, ob er zur nationalliberalen Partei gehört oder ob er ausgeschlossen ist. Wie anders dagegen bei uns. Jeder Sozialdemokrat betrachtet es als höchste Ehre, zur Partei zu gehören, und ein Ausschluß schneidet tief in sein ganzes Leben ein. Bei unsern Gegnern nicht. Herr Lille verbringt seinen Ausschluß sehr bergnügt und fühlt sich in seiner Ehre nicht im mindesten gekränkt. Ihm ist kein Heiligum dadurch verlegt worden!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 14. August 1906.

Ein echter Volksmann.

Hr. Döbeln-Roswein, dem durch den Tod unfres Genossen Grünberg erledigten sächsischen Reichstagswahlkreis, haben sich die „nationalen“ Parteien nach langem Hin- und Herreden entschlossen, dem aus Leipzig-Stadt hinausgewählten alldutschen Professor Gasse die Kandidatur zu übertragen. Es wird daher notwendig werden, sich in der Öffentlichkeit wieder ein wenig mit der Person und den Werken dieses absonderlichen „liberalen“ Politikers zu beschäftigen.

Es ist erst anderthalb Jahre her, daß Herr Gasse ein Buch über „Das Deutsche Reich als Nationalstaat“ veröffentlichte, in dem er folgendes politisches Glaubensbekenntnis ablegte:

Eine gewisse Geistesbildung verträgt sich eben nicht mit der ausschließlichen Beschäftigung mit einer geistbetäubenden, mechanischen schweren und schmutzigen Arbeit. Man sucht jodelnd nach den Gründen der Landflucht. Der tiefste Grund derselben liegt in der strengen Durchführung der allgemeinen Volksschulpflicht und etwa gar noch der allgemeinen Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen.

Wer soll also in Zukunft die schweren und schmutzigen Arbeiten verrichten, die die auf Arbeitsteilung beruhende Volkswirtschaft doch nun einmal braucht? Wir sind in Deutschland bisher gedankenlos an dieser Frage vorbeigegangen. Man muß sich endlich darüber klar werden, daß sie nur eine ganz bestimmte Anzahl von Möglichkeiten zur Lösung zuläßt.

Entweder wir halten einen bestimmten Teil unfres eignen Volkes auf unserer niedrigsten Stufe der Arbeiterorganisation der Gesellschaft, dann aber auch der Kultur fort, und wir verzichten dann auf die Erziehungsmittel dieses Teil des Volkes durch eine hohe Volkschulbildung mit den Ansprüchen auf eine höhere Lebensform auszustatten. Diese Art der Lösung in einem Staate, dessen Grenze gegen die Einwanderung abgeschlossen ist, wäre die wünschenswerte vom Massenstandpunkt aus betrachtet.

Zur Notfall, wenn die Züchtung des hirnlosen nationalen Arbeitsviehes „vom Massenstandpunkt aus“ nicht gelingt, will sich Herr Gasse mit Polen, Tschechen oder auch mit Schwarzen und Chinesen begnügen.

Ob die „gewisse Geistesbildung“, die den Professor Gasse zu einem Verächter der „schmutzigen Arbeit“ und Feind der allgemeinen Volksbildung macht, bei den „schmutzigen Arbeitern“ von Döbeln-Roswein auf starke Gegenliebe stoßen wird, darf mit aller Ruhe abgewartet werden. Es ist aber für die verzweifelte Nationalität der bürgerlichen Mischmaschpolitiker ungemein bezeichnend, daß sie keinen besseren Kandidaten finden konnten als eben Herr Gasse, der mit einem solchen Bekenntnis belastet, als Kandidat vor die „gehörten Herren Wähler“ eines rein industriellen Kreises tritt.

Pod, der Ehrliche.

Die Erklärung des Herrn v. Podbielski, daß die „allein hierfür zuständige Stelle“ seine Beziehungen zu Lippelskirch von Anfang gefannt und daran weiter nichts Schlimmes gefunden habe, hat den agrarischen Schutzingeln des unschuldig verfolgten Geschäftsgenies frischen Mut eingeblüht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hätte noch vor vier Wochen von niedriger Verleumdung gesprochen, wäre über den preussischen Landwirtschaftsminister das behauptet worden, was jetzt alle Welt weiß: daß er nämlich als Mitglied der Regierung und Mitinhaber von Geschäften, die für die Regierung liefern, ein doppeltes Spiel gespielt, von unrechtmäßigen Vorteilen, die sich seine Kompagnons durch Befriedigung verschafften, durch seine Frau Nutzen gezogen und durch eben diese Frau Riesensummen „verdient“ hat. Jetzt, wo kein Reuigen mehr hilft, stellt sich das Podbielski hin und erklärt mit frecher Stirn, an dergleichen Geschäften nichts Arges zu finden. Es schreibt: „Herr v. Podbielski hat es nicht nötig, sich zu decken. Sein Verhalten war durchaus korrekt... Herr v. Podbielski hat vollkommen ehrlich, offen und korrekt gehandelt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schwärmt, wie man täglich zweimal auf ihrem Stopp lesen kann: „Für deutsche Welt — für deutsche Arbeit in Stadt und Land!“ Man weiß jetzt wenigstens ganz genau, was in den Augen der „Herrn der deutschen Welt“ und „deutsche — Arbeit“ die „Deutsche Tageszeitung“ gern als die „Herrn der deutschen Welt“ und „deutsche Arbeit“ bezeichnet, die dem Dorfe hin und weiß beweglich darüber: „Industriellismus“ und „Mammonismus“ das „deutsche“ mit unheilvoll beeinflusst hätten. Auch der „Herr der deutschen Welt“ sieht gern, fezzert über Wallmütze und den Satz, um das goldene Kalb. Jetzt aber tritt sie für einen „deutschen“ Industrieherrn und Mammonsbäcker in die Schranken, der

sieben Geldjuden zusammen an Fingigkeit, Gewandtheit und Skrupellosigkeit übertrifft.

Heute tut auch die „Deutsche Tageszeitung“, als gäbe es keine schlimmere Feindin der Korruptionsriecherei als sie; sie will nichts merken, selbst wenn es schon zum Himmel stinkt. Sie war nicht immer so! Zur Zeit des Zollkampfes heftigste Waise war bei ihr ein Beamter des Auswärtigen Amtes in Verdacht gekommen, als ob er in Geheim gegen den Brotwucher tätig sei. Als bald konnte man in der „Deutschen Tageszeitung“ lesen, dieser Beamte besitze ausgedehnte Ländereien in Argentinien und sei Freihändler mit Rücksicht auf das eigene Geschäft. So empfindlich war die „Deutsche Tageszeitung“ damals im Punkte Korruption. Heute findet sie es vollkommen ehrlich, offen und korrekt gehandelt, wenn sich ein königlich-preussischer Staatsminister aus Reichssteuergeldern bereichert.

Griechenkampf.

In Bulgarien ist aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen eine Griechische Losgeborene, die schon Blut und Leben gekostet hat. Gestern berichteten wir, daß am Sonntag die kleine bulgarische Hafenstadt Andialos am Schwarzen Meer durch Feuer verwüstet worden ist. Heute wird bekannt, daß dort vorgestern eine Griechenschlacht getobt hat und daß bulgarisches Militär auf höheren Befehl an dem Kampfe teilgenommen hat. Die Bezirke, in denen sich die Griechen verschanzt hatten, wurden regulär belagert, besüßert und schließlich eingenommen.

Die ganze Hafenstadt ist bis auf 30 Häuser niedergebrannt. Auch die öffentlichen Gebäude sind dem Brande zum Opfer gefallen. Der griechische Bischof fand den Tod in dem brennenden Metropolengebäude. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist bisher unbekannt. Die im ganzen, zum größten Teil von Griechen bewohnten Bezirk Burgas herrschende Erregung läßt weitere Ereignisse befürchten; mehrere Kaufhäuser sind bereits zerstört und in Privathäusern die Fenster eingeworfen worden. In Germanli fand ebenfalls eine antigrichische Versammlung statt.

Das soll aber erst der Anfang sein, wenn es nach dem Willen eines bulgarischen Komitees geht, das für den 19. ds. nach Philippopol einen Kongreß beruft und dazu einen Aufruf erläßt, in dem folgende Sätze vorkommen:

Bulgaren! Das ganze Volk in dem befreiten Teile unseres Vaterlandes hat Versammlungen einberufen, auf denen nach und nach der Protest erhoben wurde gegen die griechischen Missetaten in Makedonien und im Thracienpeler Nilgebiet. Das ganze Volk erinnerte die Großmächte daran, daß seine Schuld dem Erschöpfen nahe und daß es jede Verantwortung für die Folgen dieser andurchführbaren, ohne seine Schuld geschaffenen Lage abweist. Endlich hat das ganze Volk die bulgarische Regierung aufgefordert, die schreckliche Gefahr, der das Bulgarentum ausgesetzt ist, einzusehen, und, auf die einmütige Unterstützung des Bulgarentums sich stützend, amtlich herbeizutreten, um sich nach dem Beispiel Rumaniens an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen. Wir sind noch beim Beginn des Kampfes. Die Vernichtung unserer Stammesbrüder in dem blutigen Reiche des Sultans dauert mit noch größerer Gewalt an. In Konstantinopel und Athen wurde gar kein einziger Druck seitens der Großmächte ausgeübt und die bulgarische Regierung hat noch nicht einmal mit der Erfüllung jener nationalen Forderungen begonnen, die sie unmittelbar durchzuführen kann. Die pannationalen Versammlungen und der Delegiertenkongreß, die für den 19. d. M. nach Philippopol einberufen sind, werden den gemeinsamen Willen des ganzen bulgarischen Volkes vor den Großmächten und der bulgarischen Regierung zum Ausdruck bringen. Jede Körperlichkeit und jede Stadt möge 2-5 Vertreter und soviel Teilnehmer als möglich zu der pannationalen Versammlung entsenden.

Natürlich leiten diesen Kongreß der Räder in der Hauptsache andre Motive als das: „die Ehre und die Zukunft unseres Volkes sicherzustellen.“ Es geht um wirtschaftliche Fragen und Vorrechte, denen das nationale Moment Vorspann leisten soll.

Bedenkt man nun, daß der Sultan im Absterben liegt, daß die berüchtigte „armenische Frage“ heute so ungelöst ist wie vor dreißig Jahren, so tut man gut daran, bei den großen grundsätzlichen Bewegungen, die unser alter Erdteil seit Monaten durchläuft, auch des „Orient“ nicht zu vergessen. Es kann leicht sein, daß dort bald „die Völker aufeinander schlagen“.

Auf einem Forum.

Als Paris wird der Magdeburger „Sollspinnne“ geschrieben:

Die „Humanitee“, unser Pariser Parteiblatt, teilt mit, daß sie eine weitere Ausgestaltung vornimmt. In der Folge erscheinen täglich Artikel, die speziell den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Fragen gewidmet sein werden. Die Mitarbeiter sind die geistigen Führer der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung selbst. Besonders erstreblich und geradezu überauswichtig ist, daß unter den Mitarbeitern gerade die Führer der am weitesten fortgeschrittenen Arbeiterbewegungen sich befinden, die zur Partei freis in ihren eigenen Gegenden gefunden haben. Es sind dies vor allem Ponget, der Redakteur der „Voix du Peuple“, des gewerkschaftlichen Zentralorgans, Griffuelles (sprich Griff) (Hül), der Sekretär der französischen Generalkommission der Gewerkschaften, Valatin, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Niel und Boudin von den Sozialisten, letzterer jedoch ist Parteigenosse. Von den „Reformisten“ sind unter den neuen Mitarbeitern Gervais von den Eisenbahnern, Coupat von den Maschinenbauern, Bouché von den Handelsangehörigen und Guerinier von den Textilarbeitern.

Die Leiter der „Sollspinnne“ werden sich erinnern, daß die „Humanitee“ bereits vor mehreren Monaten inoffiziell erweitert wurde, daß als ständige Mitarbeiter die Führer des linken Flügels der Partei, die christlichen Sozialisten, in die Redaktion eintraten. Seitdem hat die „Humanitee“ einen beachtlichen Aufschwung genommen. Die neue Ausgestaltung der „Humanitee“ ist für die Partei und für die Masse der französischen Arbeiterbewegung im Allgemeinen eine nicht hoch genug anzuschätzende. Gerade jenes Flügels Flügels z. c. — Ja, im Jahr, das uns

die Leiter der „Humanitee“ dank wissen werden, daß wir ihnen ermöglichen, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung, interpretiert durch diejenigen selbst, die an ihr einen Hauptanteil nehmen, folgen zu können. . . . Was bedeuten jetzt noch die auseinandergehenden Ansichten, die in vielen Fragen zwischen uns und unsern neuen Mitarbeitern bestehen? Weber durch Autorität noch durch die Einheit der Idee und der Aktion zu verwirklichen. Das Proletariat muß notwendigerweise zunächst alle seine Gedanken und Erfahrungen in aller Freiheit zum Ausdruck bringen können. Ich glaube mit meinen sozialistischen Freunden, daß die methodische Eroberung der politischen Macht die notwendige Bedingung der Befreiung des Proletariats und der Errichtung einer neuen Gesellschaft ist, in der die Herrschaft der Arbeit die Macht des Kapitals ersetzen wird. Ich glaube auch, daß zum Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft und der Errichtung der kollektivistischen und kommunistischen Gesellschaft die Mitwirkung der politischen und ökonomischen Kraft des Proletariats notwendig ist. . . . Unter den Massenbewegungen, die bereit sind, hier an der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeit mitzuarbeiten, sind dagegen mehrere, die ein großes Mißtrauen und selbst eine große Feindseligkeit hegen in bezug auf die politische, parlamentarische Bewegung. . . . Die Arbeiterklasse ist mündig, sie kann die Verschiedenheit der Ansichten und Auffassungen ertragen, vorausgesetzt, daß die Bestrebungen ernst und auf ihre vollständige Befreiung gerichtet sind. . . . Die Hauptsache ist, daß die verschiedenen Ansichten nicht durch Mißverständnisse verärgert sind. Nichts aber spürt die Mißverständnisse so zu wie die Unkenntnis. Wenn sie ihre verschiedenen Theorien vor demselben Proletariat erklären und präzisieren, werden die Kämpfer sich besser verstehen, ich meine die Ideen der andern besser verstehen. . . . In diesem Geiste heiße ich die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kämpfer hier willkommen.

Die Erweiterung der „Humanitee“ entspringt einem großzügigen Entschluß, der viel bereichert und dem wir allen Erfolg wünschen. —

Die Todesstrafe.

In Frankreich und in Rußland ist die Todesstrafe von ihrem eignen Ende bedroht. In Frankreich hat der Ministerpräsident einen Gesetzesentwurf über ihre Aufhebung verprochen, in Rußland hat die Duma die Abschaffung der Todesstrafe begehrt und Stolypin ließ offiziös ankündigen, daß er diesem Begehren nicht abweisend gegenüberstehe.

Nur schade, daß die Todesstrafe überall schon seit hundert Jahren „fast“ abgeschafft wird. In Paris hat 1791 Robespierre seine große Rede gehalten, in der er bemerkte: „In den Augen der Wahrheit und Gerechtigkeit sind die Todesstrafen nichts als ein feiger Mord, ein feierlicher, mit gesetzlichen Formen begangener Mord. . . . das Werk der Tyrannen. Sie sind der traurige Beweis für die grausame Verwegenheit der Strafgesetze. Dem Menschen die Möglichkeit rauben, durch Reue und tugendhafte Handlungen sein Vergehen zu büßen, ihm unbarmherzig jede Rückkehr zur Tugend, zur Abtötung seiner selbst zu verweigern, ihn noch mit den schmerzlichen Schmachflecken seines Vergehens in das Grab zu befördern, ist in meinen Augen der höchste Grad der Strafkamkeit.“

Stolz und Herr Deibler in Paris noch immer sein Handwerk, neuerdings allerdings unter erschwerten Umständen, denn kein Bezirk leih dem Pariser Scharfrichter einen Platz zur Nichtstätte und, was noch sicherer trifft, die Kammermajorität will Herrn Deiblers ständigen Jahresgehalt nicht mehr bewilligen. . . .

Geprädigt und gedonnert wider die Todesstrafe wurde auch in Oesterreich nicht wenig. Vor allem Sonnenfels schrieb wider die gemütsverderbliche „Vollstreckung“ der öffentlichen Hinrichtung. Es gelang der humanistischen Aufklärung, Oesterreich 1787 sogar vorübergehend zur Abschaffung der Todesstrafe zu bringen. Als „unerlöschlicher Weckstein des göttlichen Strafrechts der Obrigkeit“ schied sie sich 1808 wieder ins österreichische Strafrechtsgesetzbuch, aus dem sie seither nicht wieder vertrieben werden konnte. Während der Lebenszeit der Kaiserin Elisabeth wurde wenigstens kein Weib hingerichtet, das hatte sich Elisabeth in jungen Jahren dem Franz Joseph anbedungen. Erst nach der Ermordung der Kaiserin bestieg wieder ein Weib in Oesterreich das Schafot.

Auch in Deutschland ist die Todesstrafe „heinahe“ abgeschafft worden. Am 1. März 1870 hatte der deutsche Reichstag mit 118 gegen 81 Stimmen die Todesstrafe verworfen. Es gelang Wisman, eine Reihe von Abgeordneten, natürlich Liberale, umzustimmen und bei der dritten Lesung des Reichsstrafgesetzbuchs wurde die Verbeibaltung beschlossen. . . .

Uebrigens hat die Praxis jener Länder, die die Todesstrafe abgeschafft haben, den Gegnern der Hinrichtung allerlei zu denken gegeben. Vielfach wird dort der Kerker zur fürchterlichen langjährigen Todesstrafe. Der seinerzeit las, wie Bresci, der Mörder Humberts, in den gräßlichen Kerkerzellen italienischer Zuchthäuser langsam zu Tode gemartert wird — die königliche Presse berichtete es fast mit Begehren —, der wird, wenn von der Abschaffung der Todesstrafe die Rede ist, nicht vergeßen, daß die Guillotine nicht immer die grausamste Todesart bedeutet. So Kerker mattern die Todesstrafe „erleben“ sollen, dort darf von milderen Sitten nicht höflich von feigheitsgeraten geredet werden! —

Schweiz.

Den Bergesallgungen, die den Züricher Arbeitern in den letzten Wochen in so reichem Maße zuteil wurden, folgte nun ein Beschluß des Regierungsrats, der allem die Krone aufsetzt und die Arbeiterchaft Zürichs aufs ungeheureste erregen muß. Der Regierungsrat hat den Genossen Gauth, den Redakteur des Züricher „Volkrecht“, aus dem Gebiete des Kantons ausgewiesen, mit ihm teilen daselbe Schicksal 12 deutsche, 3 österreichische und 15 italienische Staatsbürger, weil sie sich an den Demonstrationen der letzten Tage beteiligten, außerdem sind weitere Ausweisungen angedroht. Alle weiteren Demonstrationen und Kundgebungen hat die Regierung verboten und strengste Verfolgung der Demonstranten in Aussicht gestellt.

Der letztere Beschluß zeigt, daß in Zürich jetzt die nackte Gewalt, aber nicht mehr das Recht herrscht. Es gibt kein Gesetz, das den schweizerischen Arbeitern Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge verbietet, und der Regierungsrat hat gar nicht das Recht dazu, sie zu untersagen. Seine Drohung mit dem Straftrakt hat daher eigentlich nicht viel auf sich, man kann die Demonstranten gar nicht bestrafen, aber die Wut gegen die Arbeiterchaft ist in bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen des Kantons bis zur Steilhöhe gestiegen und als freier Völkstreck der Willens dieser Kreise setzt sich der Regierungsrat über Verfassung und Gesetz hinweg und proklamiert die unerbittlichste Gewalttherrschaft. Aber noch ungeheurer ist die Ausweitung des Genossen Hauch. Gauth war früher in Baden Lehrer. Auf Grund einer Denunziation mußte er nach der Schweiz flüchten, wo er seit sieben Jahren das „Volkrecht“ redigiert. Als „Christenloser“ Ausländer wurde ihm der Aufenthalt nur gegen Bürgschaft gestattet, mehrfache Versuche, in den schweizerischen Staatsbürgerverband einzutreten, blieben erfolglos, weil die Bundesamtschaft sich dem widersetzte. Als Redakteur führte Gauth dann, wenn es sein mußte, eine scharfe Feder, und als in den letzten Wochen die Züricher Arbeiter unter eine Ausnahmebehandlung gestellt wurden, die sich noch nicht einmal auf ein Ausnahmegesetz gründen kann, verhielt sich das „Volkrecht“ der Situation entsprechend. Ein bürgerlicher Journalist, den das „Volkrecht“ seiner Verleumdungen der Arbeiterchaft halber herbe auf die Finger geklopft hatte, denunzierte darauf Gauth beim Regierungsrat und verlangte seine Ausweisung. Die anständige bürgerliche Presse sprach sich entschieden gegen dieses Vorgehen aus, der Regierungsrat aber folgte dem Wunsche des Denunzianten, dessen Motive niedrige, persönliche Rachsucht und Konkurrenzrücksichten sind, und wies den Genossen Gauth aus. Es bleibt nun abzuwarten, was die Züricher Arbeiterchaft tun wird. Der Maurerstreik ist verloren gegangen, weil die Regierung den Unternehmern willig Handlangerdienste erwies, das Vereins- und Versammlungsrecht ist den Arbeitern genommen worden und obendrein hat man jetzt den Redakteur ihres Organs ausgewiesen, der sich großer Beliebtheit erfreute. Man sollte meinen, daß genüge, um auch die nächstern, schwerfälligen Schweizer Arbeiter aufzupeitschen und zum Gebrauche der Machtmittel zu veranlassen, die ihnen die Verfassung des Kantons gibt. —

Aus der Parteibewegung.

Zur Massenstreikdebatte. In zwei Sitzungen hat sich das Rieker Gewerkschaftskartell in eingehender Weise mit der Frage des politischen Massenstreiks und der Kontroverse zwischen Parteivorstand und Generalkommission beschäftigt. Die Diskussion endete mit der Annahme folgender, vom Arbeiterjerkreißer Lindorf eingebrachten Resolution gegen zwei Stimmen: „In Erwägung, daß die politische Situation in letzter Zeit durch die wirtschaftlichen Zustände bedingt wird und daß der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiter gegen ihre Widerfächer ein Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und deren politische Einrichtungen ist; in weiterer Erwägung, daß nur die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften sowie die sozialdemokratische Partei als ernste und einzige Kampfesorganisationen gegen Verdrängung der Volksrechte und für Erweiterung derselben in Frage kommen, andererseits eine Vernichtung der politischen Rechte der Arbeiterklasse, deren wirtschaftliche Unterdrückung gleichzeitig zur Folge haben müßte, wie auch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse eine Verminderung ihrer politischen Energie bewirkt, erklären die Delegierten des Rieker Gewerkschaftskartells: daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften und die politischen Freiheiten der Arbeiterklasse unter besonderen Umständen in einer einschläglichen Aktion geschloffen vorgehen müssen. Die Taktik der Arbeiterklasse in ihren politischen Kämpfen ist zwar bedingt durch die Stellung der herrschenden Klasse gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse, doch sind die Delegierten der Aufschauung, daß die Gewerkschaften den politischen Massenstreik als Kampfmittel nicht grundsätzlich ablehnen dürfen, ja, daß sie denselben gegebenenfalls zu fördern haben mit ihrer ganzen Macht. Bezüglich der Anwendung des politischen Massenstreiks stellen sich die Delegierten auf den Boden der Resolution des Genauer Parteitag und erklären die Haltung des Rieker Gewerkschaftskartells in dieser Frage für inoffiziell und der gegenwärtigen politischen Situation nicht entsprechend. Es ist deshalb an alle Gewerkschaftsmitglieder der dringende Wunsch zu richten, sich eingehend mit der Stellung der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik zu beschäftigen, um auch den nächsten Gewerkschaftskongreß zu einer Stellungnahme im Sinne dieser Kundgebung zu veranlassen.“ Auf Antrag des Kartellvorsitzenden wurde dann noch der folgende Zusatzantrag zur Resolution beschlossen: „Es ist notwendig, daß die Generalkommission einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß einberuft, der zu dieser Frage Stellung nimmt.“ Der Kartellvorstand wurde beauftragt, die Resolution mit dem Zusatzantrag sämtlichen Gewerkschaftskartellen zugehen zu lassen.

Die Parteikonferenz des Reichstagswahlkreises Solingen hat zugunsten des politischen Massenstreiks eine Resolution angenommen. Ein Antrag, dem Parteivorstande wegen seiner Stellungnahme zum politischen Massenstreik das Vertrauen auszusprechen, wurde abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß das Verhalten des Parteivorstandes in dieser Frage noch nicht ganz geklärt sei. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 14. August 1906.

— Auf zum Protest! In seiner letzten Session hat der Reichstag wieder ein ganzes Bündel neuer Steuern, darunter die Biersteuer beschlossen. Wer soll diese nun tragen?

Der Großkapitalist, der Brauereibesitzer, betont zwar gern seinen Patriotismus, doch wenn Anforderungen an sein Portemonnaie gestellt werden, dann erheben ihm alle patriotischen Phrasen auf den Lippen. Auch der weitaus größte Teil der Birte will den oft zur Schau getragenen Patriotismus nicht in klingender Münze bestreiten. So soll auch diese Last wieder einmal auf die überhäuften Schultern der Volksmassen abgewälzt werden.

Dagegen muß das arbeitende Volk entschieden protestieren! Arbeiter, Parteigenossen! Beacht deshalb die morgen, Mittwoch, abend im „Ruinenpark“ stattfindende Protestversammlung recht zahlreich und legitiamenten Protest gegen jede weitere Belastung ein!

— Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß! Damit ist eigentlich die öffentliche Versammlung des Gastwirtsvereins charakterisiert, die am Montag nachmittag im Hofe Stadt Köln stattfand und die Stellung nehmen sollte zur Bierpreiserhöhung. Als vor zirka acht Tagen die Gastwirte im Kontinental-Hotel zusammengekommen waren, wurde Gründung einer eignen Brauerei, bewirkt wir bereits, daß es den Gastwirten an der nötigen

Grundbegriffe der Politik.*)

Von Friedrich Stampfer.

6. Sozialismus. Sozialisierung. Expropriation. Staatssozialismus.

Der Sozialismus will die Unterwerfung der Wirtschaft unter das menschliche Gesetz. Er lehrt, die wildwüchsigen (evolutionären) Kräfte der Gesellschaft bändigen und durch den bewußten Gemeinwillen der Gesamtheit dienstbar machen. Eine Gesellschaft, die nicht für den Verkauf, sondern für den Verbrauch Güter erzeugt, die das durch kapitalistische Ausbeutung erzeugte arbeitslose Einkommen beseitigt, und die Arbeit derart regelt, daß durch den möglichst geringsten Kräfteaufwand eine möglichst ausreichende Befriedigung der Bedürfnisse aller erzielt wird, ist eine sozialistische Gesellschaft. Mit andern Worten: der Sozialismus überträgt das Prinzip der Technik, durch Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit möglichst geringen Mitteln möglichst größte Wirkungen zu erzielen, auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik. Die sozialistische Bewegung ist entstanden durch das Zusammenwirken der erkennenden Wissenschaft mit dem erwachenden Freiheitsdrang des Proletariats, sie muß mit dem Widerstand jener Klasse rechnen, die an dem Fortbestand der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft interessiert ist, kann also ihr Ziel nur erreichen durch den Klassenkampf. In Frankreich gebraucht man gleichbedeutend mit unserm Begriff des Sozialismus den Ausdruck Kollektivismus, während sich die sozialdemokratische Bewegung in ihren Anfängen, um ihren Begriff des Sozialismus von andern unklaren zu unterscheiden, als eine kommunistische bezeichnete.

Es liegt im Wesen der sozialistischen Gesellschaft, daß sie nicht entstehen kann durch Evolution, sondern geschaffen werden muß durch die Aktion. Die völlige Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische ist also die Krönung und Vollendung der proletarischen Aktion. Der Umwandlungsprozeß selbst heißt Sozialisierung.

Die Voraussetzung der sozialistischen Gesellschaft ist die Expropriation, die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, und ihre Ueberführung in das Eigentum der Gesamtheit. Die Gesamtheit kann die Wirtschaft nur beherrschen, wenn sie allein Eigentümerin des Grund und Bodens, der Häuser und Maschinen ist und sie allein berechtigt ist, Menschen mit der Erzeugung von Gütern gegen Entgelt zu beschäftigen. Die sozialistische Gesellschaft kann die Expropriation entschädigen durch die Gewährung von Gebrauchsmitteln, nicht aber durch Gewährung von Produktionsmitteln. Dadurch unterscheidet sich die sozialistische Expropriation von der kapitalistischen. Auch der Staat der kapitalistischen Gesellschaft erkennt bekanntlich das Privateigentum nicht unbedingt an, sondern behält sich das Recht vor, Enteignungen (Expropriationen) gegen Entschädigung vorzunehmen. Der enteignete Kapitalist hört aber

in diesem Falle nicht auf, Kapitalist zu sein, er kann von der Entschädigungsumme, die er für die Enteignung seiner Produktionsmittel erhalten hat, andre Produktionsmittel kaufen, er setzt also seine teilweise Herrschaft über die Wirtschaft, von dem einen Gebiet vertrieben, auf einem andern fort. Der Zweck der sozialistischen Expropriation ist es, die Herrschaft einzeln über die Wirtschaft überhaupt auf einmal oder schrittweise zu beseitigen, nicht also bestimmte Produktionsmittel zwangsweise gegen andre auszutauschen, sondern das Privateigentum an Produktionsmitteln überhaupt zu beseitigen. Die sozialistische Expropriation will also nicht für ein gestörtes Ausbeutungsinteresse vollwertigen Ersatz leisten; der Zweck ihrer eventuell zu gewährenden Gegenleistung kann vielmehr nur sein, das Entstehen einer Mollage der Expropriierten zu verhindern.

Das oberste Prinzip jeder sozialistischen Politik ist demnach, erworbene Ausbeuterrechte nicht zu respektieren und jedes Privateigentum, dessen Bestand dem Gemeininteresse schädlich, dessen Ueberführung in gesellschaftliches Eigentum augenblicklich möglich ist, radikal aufzuheben. Daß der Ueberführung eines Teils der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum etwa zu einer bestimmten Zeit noch Schwierigkeiten organisatorischer Natur entgegenstehen, kann kein Grund sein, nicht schon auf andern Gebieten mit einer energischen Aktion der Sozialisierung vorzugehen. Der Staat kann beispielsweise die mineralischen Schätze des Landes und sein Verkehrswesen, die Gemeinde kann die Distribution von Nahrungsmitteln (Milchverkauf, Bäckerei, Fleischererei), örtliches Verkehrswesen, Licht, Wasser, Kraftversorgung, Heilmittelvertrieb usw. in ihre Gewalt nehmen, ohne daß auf der einen Seite bestehende Ausbeuterinteressen geschont zu werden brauchen, ohne daß auf der andern Seite das private Unternehmertum auf andern Gebieten gleichzeitig aufgehoben werden müßte. Die Anerkennung des sozialistischen Prinzips bedeutet die Anerkennung der Oberherrschafft der Gesamtheit über die ganze Wirtschaft, diese Oberherrschafft braucht deshalb aber nicht auf allen Gebieten gleichzeitig in gleicher Weise zum Ausdruck zu kommen, sondern vorerst auf dem einen ruhen, während sie sich auf dem andern betätigt.

Grundsatz der kapitalistischen Politik ist, das Privateigentum als die unerzitterliche Grundlage der Gesellschaft anzuerkennen; Grundsatz der sozialistischen Politik dagegen, kein durch die bestehende Rechtsordnung fundiertes Privateigentum gelten zu lassen, wenn es im Gegensatz zum Interesse der Gesamtheit steht, und, wenn erkanntes Wohle des Ganzen, auch die Schranken der bestehenden Eigentumsordnung zu überschreiten. Die Sozialisierung ist der sozialistischen Politik nichts als eine Frage der praktischen Reform, keine „Rechtsfrage“, denn sie erkennt grundsätzlich kein privates Eigentumsrecht an über dem Rechte der Gesamtheit.

Wo der Staat als Unternehmer in der Produktion von materiellen Gütern (als Bergwerks-, Eisenbahnunternehmer usw.) auftritt, spricht man von Staatssozialismus. Wirklicher „Staatssozialismus“ ist aber erst dort vorhanden, wo der Staat nicht etwa als juristische Person die Rolle des ausbeutenden Kapitalisten spielt, sondern den

von ihm beherrschten Teil der Produktion nach sozialistischen Grundätzen zu organisieren bestrebt ist. Wo der Staat seine Arbeitskräfte so billig als möglich kauft, ja am Ende darauf bedacht ist, nicht durch Ueberangebote die Lage des Arbeitsmarktes zungunsten seiner Arbeitgeberkollegen zu verschlechtern, wo er seine Waren so teuer als möglich verkauft und mit seinen Konkurrenten Abmachungen zur Geltung der Preise trifft, kurz, wo er als Ausbeuter und solidarischer Genosse von Ausbeutern auftritt, ist es richtiger, das von ihm geübte System als Staatskapitalismus zu bezeichnen. Wenn aber die Erzielung von Unternehmergewinn aufhört der leitende Gedanke der staatlichen Produktion zu sein, wenn der Staat als Produktionsleiter vielmehr darauf bedacht ist, zwischen den Interessen der durch ihn beschäftigten Produzenten (Arbeiter) und der durch ihn zu befriedigenden Konsumenten (Verbraucher) einen möglichst angemessenen Ausgleich zu erzielen, dann allerdings befindet er sich in den Anfängen einer sozialistischen Wirtschaft.

Daraus ergibt sich, daß dort, wo der Staat sich bereits im Besitz von Produktionsmitteln befindet, wo Staatskapitalismus vorhanden ist, eine nachfolgende Sozialisierung eintreten kann; dadurch, daß das Proletariat im Klassenkampf vordringt, und seine wirtschaftlichen Auffassungen Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates gewinnen. In diesem Sinne ist beispielsweise der preussische Wahlrechtskampf ein Kampf nicht allein um die Demokratie, sondern auch um den Sozialismus. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht macht die unterdrückten, um alle verfassungsmäßigen Rechte betrogenen Lohnflaven des Staatskapitalismus zu gleichberechtigten Staatsbürgern und mitbestimmenden Miteigentümern der staatlichen Produktionsmittel; es gibt ihnen die Möglichkeit, sich mit Hilfe des gesamten Proletariats und zu dessen ungeheurem Vorteil aus ihrer unwürdigen Lage zu befreien. Ein wirklicher preussischer Staatssozialismus würde, auch ohne vorerst zu Expropriationen schreiten zu müssen, die rechtliche und materielle Lage der ganzen deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlag günstig verändern. Eine solche Veränderung ist aber nur erreichbar durch eine von sozialistischem Geiste durchdränkte Demokratie.

Hier tritt die ungeheure Bedeutungutage, die der Staatsform im Zusammenhang mit der Gesellschaftsordnung zukommt. Die Phantasie vermag sich einen Zustand vorzustellen, der die Fürsorge der sozialistischen Gesellschaft für alle Einzelnen mit einer unfreien Staatsform verbindet, und aus dieser Verbindung entspringen alle Schreckensbilder, die unsre Gegner vor dem sozialdemokratischen „Zuchthaus-Zukunftstaat“ entworfen haben. Sozialismus ohne Demokratie ist satte Sklaverei, und mit dem größten Recht wehren sich die Arbeiter gegen die Idee einer patriarchalischen Sozialmonarchie, die darauf ausgeht, alles Streben nach staatsbürgerlicher Selbstständigkeit in Schächeln voll Drei zu erstickern. Der Versuch aber, die Arbeiter durch eine gewisse Sicherung ihrer Existenz zum Verzicht auf ihre staatsbürgerliche und persönliche Freiheit zu bewegen, ist nicht von der

Fenilleton.

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von H. Adler.

(49. Fortsetzung.)

Als der Kellner Lee für Nja brachte, hielt er nicht länger an sich und fragte:

„Wie ist's draußen?“

„Wärmer ist's geworden! Viel wärmer!“ antwortete der Kellner eifrig und lief weiter. Wieder wartete Nja, und fühlte seine Müdigkeit wachsen, und fühlte, wie ein Halbgeschlummer auf ihn niederlang. Er goß sich eine Schale Tee ein, trank aber nicht, bewegte sich nicht und saß gedankenlos da. Möglicherweise ist es ihm heiß. Er knöpfelte den Kragen seines Mantels auf und fuhr zusammen, als er sein Kinn mit den Händen berührte. Es war ihm, als wären das gar nicht seine Hände, sondern fremde, kalte, feindliche. Er hielt sie sich vor die Augen, betrachtete sie ernst — Die Hände waren rein, aber Lunow hatte doch das Verlangen, sie mit Seife zu waschen.

„Poluektow ist ermordet!“ schrie plötzlich jemand.

Nja fuhr vom Sessel auf, als hätte ihn wer mit diesem Schrei gerufen. In der Schenke erhob sich ein allgemeiner Tumult. Alle setzten die Mützen auf und eilten zur Tür. Nja warf zehn Kopfen auf den Tisch, schnallte die Riemen seines Koffers um die Schultern und folgte den andern im gleichen schnellen Tempo.

Vor dem Laden des Wechslers stand schon eine große Menge Volkes, Wachmänner eilten hin und her und herrschten ärgerlich die Leute an. Auch der härtige Wachmann, mit dem sich Nja vor kurzem unterhalten hatte, war anwesend. Er stand bei der Tür, hinderte die Leute am Betreten des Ladens und blickte mit erschrockenen Augen auf die Menge. Unablässig streichelte er mit der Hand seine linke Wange, die sich schon viel greller gerötet zeigte als die andre.

Nja stellte sich so auf, daß er dem Polizisten in die Augen fallen mußte, und horchte auf das Gerede der Leute. Neben ihm stand ein großer, schwarzbärtiger Kaufmann mit einem strengen Gesicht und hörte mit gerunzelten Augen

brauen der lebhaften Schilderung eines grauhaarigen Alten, der einen Zuchspel, trug, zu.

„Der Burjake dachte,“ so erzählte der, „daß ihm schlecht geworden sei und läuft zu Piotr Stepanowitsch: Bitte schnell zu uns zu kommen, der Herr ist erkrankt! Der — gleich marsch! Sieher, — halt! Der ist ja tot! Was sagt man dazu? Nein, denk nur! So ein gewagtes Ding! Am helllichten Tage! Auf einer so belebten Straße! Nicht zu glauben!“

Der schwarzbärtige Kaufmann hustete laut und sagte mit härtiger, barocker Stimme:

„Es ist Gottes Finger! Gott wollte keine Neze von ihm!“

Lunow trat noch weiter vor. Es geklitzte ihn, dem Kaufmann ins Gesicht zu schauen, und er stieß ihn mit seinem Koffer an.

„Du!“ schrie der Kaufmann, drängte ihn mit dem Ellbogen zurück und sah ihm scharf ins Gesicht. „Was drängst Du Dich vor?“

Dann wendete er sich wieder zu seinem Nachbar:

„Es steht geschrieben: Ohne Gottes Willen fällt kein Haar vom Haupt des Menschen!“

„Was soll man da sagen!“ stimmte der Greis bei und nickte mit dem Kopfe. Dann fügte er halb laut hinzu, mit zwickelnden Augen: „Ja ja! Gott merkt sich den Schelm! Gott verzeihe mir! Es ist sündhaft, so zu sprechen. Aber wer kann da schweigen? Ja ja!“

„Und Du merk Dir, was ich Dir jetzt sage!“ fuhr der strange Kaufmann fort. „Man wird den Schuldigen nicht finden! Du wirst es sehen!“

Lunow mußte lächeln. Während dieser Gespräche spürte er in seiner Brust den Andrang einer großen Kraft, eines beängstigenden, aber wohlthuenden Mutes. Und hätte ihn jemand zu dieser Stunde gefragt: hast du ihn erwidert? — er hätte vielleicht furchtlos und fest geantwortet: Ich habe es getan!

Mit diesem Gefühl in der Brust drängte sich Nja durch die Menge und stellte sich neben dem Wachmann auf. Der blickte auf ihn, stieß ihn grob in die Schulter und schrie:

„Wohin? Was hast Du hier zu suchen? Was? Marsch!“

Nja taumelte und fiel auf seinen Nebenmann. Wieder setzte er Hüfte, und die Leute schrien:

„Geht dem Kerl einen Stoß!“

Jetzt machte sich Lunow aus der Menge los und setzte sich auf die Stufen der Kapelle. In seinem Innern lachte er über diese Leute. Durch das Knistern des Schnees unter seinen Füßen und durch das vertörrene Summen hindurch drangen einzelne Ausrufe zu ihm:

„Gerade während meiner Dienstzeit muß der Gauner das anstellen —“

„Hat die höchsten Prozente in der Stadt genommen, der Blutfänger!“

„Noch immer fällt der Schnee —“

„Der Laden steht ja in einer Vertiefung —“

„Man sieht ja gar nichts —“

„Ohne Mitleid zog er einem die Haut ab —“

„Aber schließlich war er doch ein Mensch! 's tut einem doch leid!“

„Freilich, es muß einem auch leid tun!“

„Alle sind Blutfänger! Alle sind geizig!“

„Schau! Seine Frau ist schon da!“

„Ah — ah!“

„O, die Aime!“ seufzte laut ein verkumpfter Bauer.

Lunow stellte sich auf die Fußspitzen und sah aus einem breiten, mit Bärenfell ausgefädelten Schlitze eine gefetzte dicke Frau heraussteigen, die in einen Mantel und in ein schwarzes Tuch gehüllt war. Ein Polizeikommissar und ein Mann mit einem roten Schnurbart stützten sie.

„Ach, Väterchen! Väterchen!“ gestalte ihre zitternde, erschrockene Stimme durch die Luft.

Alle hielten im Sprechen inne. Nja blickte auf die alte Frau und dachte an Olympiada.

„Ist sein Sohn nicht da?“ fragte jemand leise.

„Er soll in Moskau sein —“

„Der hat gewiß schon darauf gewartet!“

„Das ist sicher!“

Lunow horchte wieder und sein Herz zitterte. Es war ihm ein wohlthuendes Gefühl, wahrzunehmen, daß niemand Poluektow bedauerte. Gleichzeitig aber empfanden ihm diese Leute mit Ausnahme des Schwarzbärtigen als dumm und eitelhaft. Nur der Kaufmann hatte ein strenges und gewichtiges Benehmen. Alle andern aber stießen ihre Schläpfe, stoben Nja von einer Seite zur andern und jaspelten mit ihren schmutzigen Zungen schadenfrohe Reden.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratie unternommen worden; er ist unternommen worden von ihren Gegnern, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Das Streben des Klassenbewußten Proletariats geht dahin, alle vorhandenen Anlässe des Sozialismus zu demokratisieren und alle Demokratie zu sozialisieren. In der engsten Durchdringung des demokratischen Freiheits mit dem sozialistischen Freiheitsgedanken liegt das Wesen aller sozialdemokratischen Politik. —

Gewerkschaftsbewegung.

Der Schaufmacherverband für die deutsche Holzindustrie gab sich in voriger Woche in Dessau ein Stellbildchen, auf welchem in gerader Linie über das Wohl und Wehe der jugendlichen Ausbeutungsobjekte sowohl wie über die Methode, wie die Gesellen am besten zu schöpfen sind, gelaubert wurde. Die besagten Zinnungsbetriebe konnten es vor allen Dingen nicht fassen, weshalb denn eigentlich die Jugend es ablehnt, das „goldene Handwert der Tischlerei“ zu erlernen. Bereits seit Jahren soll ein fühlbarer Mangel an Lehrlingen vorhanden sein. In der Sachprüfung dieser Schaufmacher haben sie auch schon große Klagen über die Lage der Angelegenheit geäußert. Die Sachprüfung der Angelegenheit darüber angedeutet, daß die Grob- und Feinlehrlinge die Ausbildung von Lehrlingen abschieben. Dafür sollen diese jetzt nach den Dessauer Beschläffen bilden, und zwar sollen sie eine Lehrlingssteuer zahlen an diejenigen, welche das schwere Amt des Lehrherrn übernehmen. Außerdem sind sich die Popscheren darüber einig, daß die Leistungsfähigkeit der Ausgelernten nicht mehr wie alles zu wünschen übrigläßt. Wenigstens soll dies in sehr vielen, wenn nicht meisten Fällen zutreffen. Ueber obligatorischen Fachunterricht sind sich die Herren einig geworden. Die Unterrichtszeit wird allerdings am liebsten, ganz wie bei unsern Magdeburger Tischlermeister, nach Feierabend gewünscht. Wenn so ein Junge 10—12 Stunden in der Werkstatt, Küche und als Lauffer bei dem Wagen auf der Straße sich abgibt, dann wollen ihn diese weisen Popscheren noch einige Stunden in die Schule senden. Ob der Lehrling dort vor Anspannung einbricht und die Schulstunden zwecklos sind, darüber machen sie sich keine Kopfschmerzen. Die Hauptsache ist die, daß der Junge seine 10—12 Stunden in der Werkstatt und für die Frau Meisterin tätig war. Hier wäre es angebracht gewesen, Beschlässe zu lassen, welche dem Ausgelernten die Möglichkeit geben, als brauchbarer Geselle fortzukommen zu können. Dazu gehört vor allem, daß der Lehrling nicht mehr als Hausburche vor dem Wagen liegt und nicht mehr als Dienstmädchen von der Frau Meisterin benutzt wird, wie dies ganz besonders hier in Magdeburg Gebrauch zu sein scheint. Wenn hier der Gehel angelegt würde, könnte es nicht vorkommen, wie in letzter Zeit wieder von uns mehrfach festgestellt wurde, daß trotz vierjähriger Lehrzeit die Ausbildung überhaupt entlassen würde und nun als Arbeiter sein Brot suchen muß. Auch über die Zahl der zu haltenden Lehrlinge wäre es an der Zeit, feste Normen zu schaffen, damit nicht „Meister“ bis 4 Lehrlinge halten und keinen oder höchstens einen Gesellen haben. Und wenn es dann Gebrauch werden sollte, was die Herren in Dessau beschlossen — daß nur die Affordarbeit befragt ist, die Intelligenz der Gesellen zu haben —, dann wird es überhaupt für die Zukunft noch schlechter bestellt sein mit der Ausbildung der Lehrlinge. Die Eltern werden also guttun, bevor sie ihre Kinder in die Lehre geben, sich die Herren Lehrmeister genau anzusehen.

Auch der zweite Beschluß, welcher auch für die Magdeburger Tischlergehilfen von großer Bedeutung ist. Der Bericht sagt hierüber: Einem bedeutenden Antrag stellte der Rheinische Provinzialverband: „Alle Innungen müßten dazu übergehen, Affordarbeit mit den Gehilfen zu vereinbaren, um den Beziehungen der Gesellen auf Abschaffung der Affordarbeit wirksam entgegenzutreten und die Intelligenz der Leistungen zu fördern.“ Die Resolution zu diesem Antrag, die einstimmige Annahme fand, lautet: „Der 22. deutsche Tischlerkongress beschließt, daß alle Innungen dazu übergehen, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Affordtarife mit den Gehilfen zu vereinbaren. Die

Intelligenz der Gehilfenarbeit wird dadurch wesentlich gehoben; auch wird dadurch der Grundfrage: „Leistung bedingt Gegenleistung“ in der gerechtesten Weise gelöst. Zudem ist dadurch die Möglichkeit gegeben, daß weniger tüchtige Gesellen auch Arbeit erhalten und sich weiter ausbilden können, und daß dieselben nicht, wie es jetzt öfter vorkommt, wegen ihrer weniger guten Ausbildung und Leistungen keine Arbeit bekommen können und so in die Hände der Unzufriedenen getrieben werden.“

Wenn die Affordarbeit soll für die Zukunft berufen sein, die „Intelligenz“ der deutschen Tischlergehilfen auf eine höhere Stufe zu bringen. Affordarbeit, welche zu wahrhaften Hungerlöhnen teilweise herausgegeben wird, wobei die gesamte Arbeitskraft auf intensivierte angepannt werden muß, um einigermassen einen Verdienst herauszuschlagen, ja sehr, sehr oft sogar nicht einmal der Lohn verdient wird, soll das Altherkommene werden, die Leistungs-fähigkeit der Tischler zu haben.

Wenn die Intelligenz und Leistungsfähigkeit gehoben werden soll, haben wir bis heute auf dem Standpunkt gefastet, gehört dazu vor allen Dingen Ruhe und Ueberlegung beim Arbeiten. Beide notwendige Faktoren können aber nur vorhanden sein, wenn der Arbeiter in Lohn arbeitet und nicht bei bis auf's äußerste herabgedrückten Affordarbeiten. Ein treffendes Beispiel hierfür ist die „Modellfabrik“ von Schmiedel in Budau. Dieser Herr versteht die Herabdrückung der Preise aus dem ff. Die Folge war, daß zum Beispiel auf der Maschinenfabrik Budau fast jede Arbeit nachgearbeitet werden muß und eine Arbeit nicht mehr wie 50 Stunden Nacharbeit verursachte. Ähnlich verhält es sich mit Arbeiten für D. Gruson u. Co. Dies wäre also schon für eine Arbeiterwerkstatt der „Intelligenz“ — trotzdem dort sehr tüchtige Arbeiter beschäftigt werden. Also gerade das Gegenteil ergibt die Affordschreiberei. Auch aus den einzelnen Möbel- und Wai-tischlerereien könnten wir das Gegenteil beweisen. Wenn wir uns so eingehend mit diesem Beschluß befassen, so deshalb, weil die Magdeburger Tischlermeister sich bereits seit längerer Zeit bemühen, wieder in ausgedehntem Maße die Affordarbeit einzuführen, ohne daß feststehende Tarife hierfür vereinbart wurden. Beim Vertragsschluss im vergangenen Jahre, wo ausdrücklich verlangt wurde, daß für sämtliche Branchen Affordtarife ausgearbeitet werden sollten, war es der Vorzährende vom Arbeitgeber-schupverband selbst, welcher erklärte: Dies wird überflüssig sein, da ja jetzt schon meistens in Lohn gearbeitet wird. Eine kurze Zeit war es auch so. Jetzt kommt das frühere Verhältnis wieder zur Einführung, und dagegen hat sich die Arbeitererschaft zu wehren. Dies verchiedenen Gründen. Affordarbeit, wie sie heute bei den Tischlerereien besteht, ist Affordarbeit. Im Interesse des Gewerkschafts haben wir nicht nötig, unsre Gesundheit frivoloeweise aufs Spiel zu setzen, um 10 Jahre eher ins Gras zu beißen. Wo also keine gemeinschaftlich beratenen Tarife bestehen, ist Affordarbeit abzulehnen. Die Affordarbeit muß aber auch abgelehnt werden, um die in Dessau auf dem Tischler-kongress vermittelte „Intelligenz“ der Gesellen wieder zu haben und die Möglichkeit zu geben, daß der Geselle sich um die Ausbildung der Lehrlinge bemühen kann. —

Zur Beendigung des Lohnkampfes im Lithographengewerbe. Die Magdeburger Lithographen und Steindruckler erklärten sich in ihrer Versammlung, die am Montagabend bei Nachtfeld stattfand, mit den Einigungsbedingungen einverstanden. Am Donnerstag wird die Arbeit wieder aufgenommen. Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlung werden wir morgen veröffentlichen. —

Lohnbewegungen und Streiks im In- und Ausland. Die 20 Arbeiter der Firma Leonhardt in Minden sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Viele Arbeiter haben die Kündigung eingereicht. Die Firma will eine Fabrik mit einer Sortiererei in Süddeutschland einrichten. — Der Streik der Rånghärer Fuhrleute ist zu deren Gunsten beendet. — Der Streik der Schiffleger in Rånghärer wird am Montag sein Ende nehmen, und zwar ebenfalls zugunsten der Arbeiter. Nun wollen die in den Holz- und Kohlenverkäufsgeschäften bediensteten Arbeiter auch in eine Lohnbewegung eintreten. — Der Streik der Rånghärer Arbeiter in Hamburg ist von den Streikenden beendet worden. Die Streik-leitung hatte aus taktischen Gründen der Rånghärer bekannt gegeben, daß die Streikenden gewillt seien, die Arbeit zu den erhöhten Löhnen wieder aufzunehmen und gleichzeitig angefragt, ob beabsichtigt werde, die Streikenden sämtlich oder zum Teil wieder einzustellen.

Auf diese Zuschrift hat die Rånghärer-Reaktion geantwortet, daß die Streikenden nicht wieder eingestellt werden. Mit dieser Antwort hätten die Streikenden gerechnet. Schon beim Eintritt in den Streik nahmen die Arbeiter als ziemlich sicher an, daß die Behörden den Streikenden vor einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit un-würdige Zumutungen stellen würden und diese abzulehnen war alles von Beginn an entschlossen. Entlassungen für die Streikenden konnte es also nicht geben. — In Leipzig, Hamburg, Berlin, Stuttgart hielten die Buchdrucker gut besuchte Versammlungen ab, in denen beschlossen wurde, bei der Tarifrevision unter allen Umständen eine 15prozentige Erhöhung der Grundpositionen und eine 1/2 stündige Arbeitszeitverkürzung zu fordern.

Der Ausschuß der Maurer und Handlanger in Zürich ist durch Beschluß der Versammlung der Ausständigen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, beendet. — In Berlin ist zwischen den Weberbesitzern und den Weberarbeitern eine Einigung zustande gekommen. Die Sperrung wurde für aufgehoben erklärt. Die Fabriken werden wieder geöffnet. —

18te Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

B. Leipzig, 11. August.
Der Korreferent Rehelein-Berlin empfahl in seiner Resolution die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation. Er bestritt, daß es möglich sei, im Rahmen des Verbandes in Zukunft etwas Er-sprechliches für die Landarbeiter zu leisten. Bisher seien so gut wie gar keine Erfolge erzielt worden, und das werde bei den entgegen-gesetzlichen Schwierigkeiten und den tieftraurigen Verhältnissen auch nicht anders werden. Die Beiträge, die übrigens von den Landarbeitern gar nicht aufgebracht werden können, würden nicht ausreichen, um den Anforderungen, die Frau Biez stelle, gerecht zu werden. Wenn man von der Generalkommission Mittel verlange, würde man sich auch eine weitgehende Kontrolle gefallen lassen müssen, die sehr unangenehm emp-funden werden müßte. Ein Erfolg sei nur möglich, wenn Partei und Gewerkschaften gemeinschaftlich dem Uebel energisch zu Leibe gehen.
Der Redner legte eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution vor. —

In der Vormittags-sitzung des letzten Verhandlungstages wird über die Landarbeiterfrage weiter diskutiert.
Seitz-Berlin sprach seine Bewunderung darüber aus, daß Rehelein als Korreferent aufgetreten sei. In Berlin habe er erklärt, die Landarbeiter gehören zu uns. Er habe sich also in einem halben Jahr vollständig gemauert. Jetzt halte er einen Beitrag von 20 Pf., habe er sich mit 10 und 5 Pf. begnügt. Von Standpunkt der Berliner Kollegen habe Rehelein jedenfalls nicht vertreten.

Strohmaier-Magdeburg: Die Landarbeiter schließen sich teil-weise dem Verband an, erwarten aber von dem Verband auch eine Verbesserung der Löhne. Wenn man ihnen dazu sagen dürfte, sie könnten nicht streiken, weil sie kein Koalitionsrecht haben, dann seien sie enttäuscht und kehren der Organisation wieder den Rücken. Die Organisation der Landarbeiter müsse einen ganz andern Charakter tragen und könne nicht im Rahmen unsres Verbandes gelöst werden. Die erste Aufgabe müsse sein, für die Landarbeiter zunächst ein freieres Koalitionsrecht zu schaffen. Es müsse angestrebt werden, die Be-stimmungen der Reichsgewerbeordnung auch auf die Landarbeiter aus-zudehnen. Dafür müsse vor allem die Presse sorgen. Für unsre Organisation würde die Agitation bei den Landarbeitern einen Hemmschuß bedeuten. Wir würden, wenn wir unsre Aufgabe ganz erfüllen wollen, von der Organisation der Landarbeiter absehen müssen.

Stähler-München: Die bisherige Aussprache habe gezeigt, daß der Verband den Ziel Organisation für die Landarbeiter bis jetzt mit Unrecht geführt habe. Es werde auch in Zukunft nicht viel für die Landarbeiter gesehen können, mit den niedrigen Beiträgen sei es keineswegs getan. Das Statut für die Landarbeiter müsse von dem unsres Verbandes grundverschieden sein. Das könne auch eine Organisation nicht vertreten, die noch besser daselbe als der Fabrik-arbeiterverband.

Streb-Offenbach begründete einen Antrag, wonach der Ver-bandsvorstand Erhebungen über die Landarbeiter anstellen und dem nächsten Verhandlungstage eine Vorlage unterbreiten solle.

Martens-Hamburg: Mit dem Antrag der Genossin Biez sei auch noch nichts Nennenswertes erreicht, aber ein Anfang müsse einmal gemacht werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Diskussion ge-

Die Quedlinburger Gartenbau-Industrie und ihre Arbeiter.

2. Die Sämlings- und Stecklingsgärtnererei.

Der zweite Zweig der Quedlinburger Gartenbauindustrie ist die Pflanzenanzucht und der Pflanzenverkauf von Sämlingen und Stecklingen hauptsächlich für die Topf-pflanzengärtnererei. Danebenher läuft noch die Pflanzenanzucht und der Pflanzenverkauf von jungen Gemüsepflanzen. Die großen Samenereigehäfte beschäftigen sich hiermit nicht; vielmehr wird diese Pflanzenanzucht von anderen speziellen Unternehmern betrieben, die aber zum Teil daneben sich auch noch des Samenbaues und Pflanzenhandels mit bestreben, teils im Eigenbetrieb, teils für den größeren Unternehmer.

Die Pflanzenanzucht und der Pflanzenverkauf von Stecklingen und Sämlingen kam etwa seit Ende der sechziger Jahre in Auf-nahme; er erreichte bis Mitte der neunziger Jahre einen be-deutenden Umfang, dann trat eine Stagnation ein, die auch heute noch anhält und aufsteigend auch für die Folge anhalten dürfte. Die Pflanzenanzucht von Stecklingen und Sämlingen ist wesentlich andere Pflanzbedingungen unterworfen und kann auch nicht der-maßen konzentriert oder gar monopolisiert werden wie etwa das Geschäft im Samenhandel. Die Stecklings- und Sämlings-gärtnererei findet statt ausschließlich in künstlichen Kulturräumen (Ge-wächshäusern, Frühbeeten usw.) mit einer hauptsächlich künstlich zu schaffenden Bodenbeschaffenheit und begrenzter Klima. Darum ist die Möglichkeit vorhanden, diesen Zweig der Garten-bauindustrie an jedem beliebigen Orte einzurichten, wenn nur die sonst notwendigen Bedingungen gegeben sind. Ein tüchtiger, mit dem nötigen Kapital ausgestattet Joch- und Geschäftsmann kann fast alleorts in Qualität das gleiche leisten wie hier die Quedlinburger Gärtnere. Letztere haben lediglich den Vor-zug, seit längerer Zeit in diesem Zweig zu sein und etwa noch denjenigen billigeren Arbeitskräfte. Zwei Faktoren, deren existenz ganz von selbst noch und noch besteht und deren existenz un-derrückt auch beibehalten werden kann.

Wenn wir fragen, der hier in Frage stehende Kapital- und Geschäftsbesitzer sei seit etwa sechs Jahren in Stagnation gekommen, so ist das nicht leicht zu sagen, noch weniger gesagt; er ist vorläufig sogar erkennbar zurückgegangen. Der größte dieser Quedlinburger Betriebe beschäftigt zu heutigener Zeit etwa 40 bis 50 Arbeiter-gehilfen und die nötigen Hilfsarbeiter. Heute ist er nur noch ein Schatten gegen damals, heute sind nur noch 18 Gehilfen dort tätig und entsprechend ist auch die Zahl der Hilfsarbeiter ein-

geschränkt worden; die Firma, jetzt Aktiengesellschaft, macht heute den Eindruck, daß sie kurz vor der Auflösung steht. Andererseits haben sich aber auch die Konkurrenzbetriebe dieser Firma nicht erheblich ausgedehnt, so daß man in der Tat genötigt ist, einen Rückschlag dieses Gartenbauzweiges am Platze festzustellen. An-tiellen andern Orten aber sind Konkurrenzbetriebe entstanden und entstehen solche auf den schon bemerkten Voraussetzungen auch noch weiterhin.

Mit Bezug auf den Niedergang der schon erwähnten, vor zehn Jahren so groß dastehenden Firma hat es übrigens eine recht interessante Verwandnis, die hier registriert werden muß. Die Firma, deren Inhaber den Betrieb nur mit verhältnismäßig geringem Kapitale eingerichtet hatten, kam in Zahlungs-schwierigkeiten; da sie diese nicht zu beheben vermochte, mußte sie liquidieren. Nun wurde eine Aktiengesellschaft daraus. Außer dem Hauptgelgeber, einem Bankier, wurden die Hypothekendar-leher und andere Gläubiger, darunter Konkurrenten der Firma, mit Aktienanteile. Der betrieblisierende Direktor stellte gar bald fest, daß eine Rentabilität des Betriebes nur wieder zu erzielen sein würde, wenn die technischen Kulturvorrichtungen, die veraltet sind, durch solche neuer Konstruktions ersetzt würden, und zum andern, wenn auch der damalige Hauptbetriebszweig mehr in die zweite Reihe eingestellt und dafür in die erste Reihe Samen-bau und Samenhandel trat. So einleitend die beigegebene Begründung auch sein möchte: die Hauptaktionäre hatten gar kein Interesse daran, den Betrieb zu heben; ihr Interesse war das entgegengesetzte, nämlich ihn möglichst bald zugrunde gerichtet zu sehen. Das kam, weil bei diesem Experiment und Ausgang die Aktionäre, soweit sie Konkurrenten des Betriebes sind, dabei nur profitierten können durch Uebernahme der Hauptsache auf ihre eignen Betriebe und weil der Haupt-Aktienhaber seinem Schaden schon beikommen wird, indem der Bodenkomplex der Gärtnereei der angrenzenden in den Bebauungsplan der Stadt mit eingestrichelt worden ist, bei einer vorzunehmenden Parzellierung zur Auf-säuerung von Befragungen alles das und noch viel darüber wieder einzufragen muß, was ursprünglich das Aktienkapital be-tragen hat! Eine sonst ziemlich einfache kapitalistische Trans-aktion, die aber ihrer besonderen Veranlassung wegen hier nicht unerwähnt bleiben dürfte.

Ein überlegene Konkurrenz vermag die Quedlinburger Stecklings- und Sämlingsgärtnererei heute noch auszubilden, ganz speziell, weil sie am Platze die billigsten Arbeits-träfte hat. Selbstverständlich diese Ursache einmal, dann tritt sie mit den gleichartigen Groß- bzw. Spezialbetrieben der andern

Orte in mehr gleichmäßige Konkurrenz. Wie dieser Spezialzweig der Gartenbauindustrie des ferneren in der kapitalistischen Ent-wicklung zu beurteilen ist, darauf kann hier nicht näher eingegan-gen werden; denn hier wollen wir nur von der Quedlin-burger Gartenbauindustrie reden; von dieser schaltet die Sämlings- und Stecklingsgärtnererei, nach etwa zwanzig Jahre währen-dem Vorantritt in der Gartenbauindustrie Deutschlands, heute aus, wir haben es in dem mit speziell als Quedlinburger Gartenbauindustrie zu bezeichnenden Gartenbau ausschließlich mit dem Samenbau und Samenhandel zu tun. —

Der Vollständigkeit halber sei mit eingeschaltet, daß der Handelsgartenbau für den lokalen Absatz ein sehr unbedeutender ist. Der Bedarf speziell an Kunst- und Biergärtnererzeugnissen ist beschwindernder Art; denn es fehlt dazu das kaufkräftige Publi-kum: die Hautebolesie ist nicht in genügend zahlreichen Gem-plaren vertreten, die kleine Geschäftswelt, die Handwerker und Kleingewerbetreibenden dürften auch kaum besonders auf Rosen gebettet sein, und die Lohnarbeiterchaft steht in ihrem Einkommen bzw. ihrer Lebenshaltung erst recht in sehr bescheidenen Ver-hältnissen. —

3. Umfang der Betriebe und betriebstechnische Einrichtungen.
Es kann und soll hier nicht über die Betriebe einzeln be-richtet werden, da das ja kein allgemeines Interesse hat. Wir beschränken uns vielmehr auf allgemein zusammenfassende Dar-stellungen und werden uns alsdann bei den wirklich allgemeinen Interesses wegen etwas eingehender noch mit dem größten Be-triebs am Orte beschäftigen; das darum, weil hier die Wirkungen der modernen kapitalistischen Produktionsweise und deren Aus-beutungstendenzen am greifbarsten in die Erscheinung treten.

Der Gärtnereibetrieb für den lokalen Bedarf mag in sechs Betrieben 30 Arbeitskräfte beschäftigen, die Stecklings- und Säml-bau und Samenhandel in etwa 20 Betrieben aber über 800, und zwar parzellieren daran

die Firmen:	mit Anzahl Arbeitskräften		
	Eingeheilte Arbeiter und Arbeiterinnen	Hilfs-arbeiter und -arbeiterinnen	Schulspflichtige Kinder
Geb. Dippe	1680	250	550
Gebr. Retze	450	30	150
ca. 20 andre Firmen	350	80	200
Summa:	2480	360	900

Summa Summarum: 3570 Arbeitskräfte.

Schluss. In ihrem Schlusswort wendete sich die Kommission gegen die gegen ihre Resolution vorgebrachten Gründe. Mit der Annahme des Antrags Strebs würde sich ein Aermisungsgegensatz ausbilden.

Rehbein bestritt, seinen Standpunkt geändert zu haben. Er habe in Berlin nicht gesagt, mit 10 Pfg. Beitrag komme man aus, sondern er habe schon damals die Unterstützung durch die Generalversammlung im Auge gehabt.

Nach einigen Bemerkungen Strebs wurde die von der Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen. Damit sind alle übrigen Anträge und Resolutionen erledigt.

Zur Matzeier führte Genosse Brey Hannover aus: Solange die nationalen und internationalen Kongresse der Partei die Matzeier beschließen, werden diese Beschlüsse für den Fabrikarbeiterverband maßgebend bleiben. Der Vorstand habe deshalb den Standpunkt, daß der Verband sich mit der Unterstützung der Gewerkschaften wegen der Matzeier befassen muß. Für diese Gewerkschaften müßte die Erwerbslosenunterstützung geschildert werden.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Unterstützung der wegen der Matzeier Gewerkschaften aus und betonten, daß für die Matzeier vorher Propaganda gemacht werden müsse.

Der Verbandstag nahm sodann einen Antrag von Harburg und Wilsberg an, wonach es den Hauptstellen zur Pflicht gemacht wird, für die Arbeitshilfe am 1. Mai unter folgenden Grundbedingungen einzutreten: In Fabriken, in welchen nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unter dort als Hilfsarbeiter tätigen Kollegen den Beschlüssen der betreffenden Organisation zu fügen. In Betrieben, wo die Fabrikarbeiter ausschlaggebend sind, müssen mindestens zwei Drittel ein Vierteljahr organisiert sein und mit Stimmrecht-Majoxität beschließen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Werden die Kollegen eventuell ausgesperrt, so findet der § 12 des Streikreglements auf sie Anwendung. Ferner wurde der Antrag Leipzig angenommen, daß wenn die in einem Betriebe (seit drei Monaten) organisierten Kollegen beschließen wollen, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, so ist 14 Tage vorher die Ortsverwaltung davon in Kenntnis zu setzen.

Von den allgemeinen Anträgen sind folgende besonders erwähnenswert angemerkt worden. Konferenz des Bundes: Die Statuten sind auch in italienischer Sprache herzustellen, und für die italienischen Arbeiter ist ein Agitationsflugblatt herauszugeben. Spangenberg: Die Gauleiter dürfen auf dem Verbandstag nur als Beamte, nicht als Delegierte erscheinen.

Ueber die Erziehung der Beamtengeslechter berichtet Levenow - Hamburg. Es ist sehr zu wünschen, daß die bisherige Regelung der Beamtengeslechter, besonders die der Gauleiter, bedeutende Fortschritte aufweisen. Die Tätigkeit unserer Beamten ist eine besonders schwere, da sie bei allen Lohnbewegungen mit dabei sein müssen. Gerade wir verlangen von den Beamten eine besonders intensive Tätigkeit. Wir müssen damit rechnen, die Beamten so niedrig als möglich zu entlohnen. Was wir für die Kollegen erkämpfen wollen, müssen wir unseren Beamten gewähren. Wir dürfen nicht mehr hinter den andern Organisationen in Deutschland heimlich zurückbleiben. In der Diskussion erklärten auch die Gegner einer Gehaltsverbesserung, daß sie für ihre Person wohl mit der Erhöhung einverstanden sind, aber mit Rücksicht auf die armen Mitglieder und ferner, weil höhere Beiträge gezahlt werden müssen, dagegen stimmen werden.

In namentlicher Abstimmung werden mit 48 gegen 40 Stimmen bei 12 Enthaltungen folgende Aufstellungen angenommen: 1. Das Grundgehalt des Vorstandes beträgt 2000 Mark, steigend um 100 Mark jährlich; Höchstgehalt 2700 Mark. 2. Der Grundgehalt für Gauleiter und Bureauangestellte 1800 Mark, steigend um 100 Mark jährlich bis 2400 Mark. 3. Das Grundgehalt für Hilfskassierer 1800 Mark, steigend um 50 Mark jährlich bis 2000 Mark. 4. Der Ausschüßvorsitzende erhält 25 Mark jährlich, die Ausschüßmitglieder für die Teilnahme an der Sitzung 1 Mark. 5. Tagegelber werden gewährt, für den Tag 4 Mark, bei Lehramtsfortbleiben 8 Mark. 6. Referenten erhalten eine Entschädigung von 10 Mark pro Tag.

In den Vorstand werden gewählt: Brey als erster, Sach als zweiter Vorsitzender, Druns als erster und Nemeier als zweiter Kassierer. Als Sekretäre Levenow, Schneider und Graßmann. Der Vorstand wird um zwei bejodete Personen vermehrt und dementsprechend auch um unbefodete Mitglieder. Ferner sollen im Verbandsorgan „Der Proletarier“ ausgeschrieben werden: der Posten eines Redakteurs, eines Agitationsleiters für die Ziegler und ein Gauleiter für Schlesien. Der nächste Verbandstag wird in München stattfinden. Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1906 in Kraft. Hannover bleibt der Sitz des Verbandes. Beschlossen wurde ferner, den Diätenatz für die Delegierten zum Verbandstag von 11 auf 13 Mark pro Tag zu erhöhen.

Damit hatte der riesige Beratungstoff des Verbandstages seine Erledigung gefunden.

Bei der Firma Gebrüder Dippe sind die in deren Zweiggeschäften in Halberstadt und Neundorf tätigen Arbeitskräfte mit eingerechnet, einmal, weil es der einzige Betrieb dieser Art ist und dann auch, weil unterschiedende Zahlen nicht zu erlangen waren und das Personal zum Teil hinüber und herüber, nach Bedarf, fluktuirt.

Unsre Aufzählung wird die meisten Leser überraschen; denn sie stellt fest, daß die Firma Gebrüder Dippe rund vier Sechstel, daß die Firma Heinrich Mette ein Sechstel aller in der Sämereiindustrie tätigen Arbeitskräfte in ihren Betrieben beschäftigt, und daß für das letzte Sechstel 20 Firmen in Frage kommen. Es mag gleich mit bemerkt werden, daß die Zahl der Arbeitskräfte einen maßgebenden Schluß auf den Umfang der Betriebe zuläßt und hier als Maßstab auch benutzt werden muß, da andere Anhaltspunkte nicht genügend zur Hand sind. Die Firma Gebrüder Dippe hat also das absolute Übergewicht über alle Betriebe.

Es ist erklärlich, daß die betriebsständigen Einrichtungen je nach Größe der Betriebe in ihrer Vollkommenheit zum Teil recht verschiedene sind. Uns interessieren die fortgeschrittenen der größten Firma am meisten, und deshalb führen wir diese hier näher an. Die Firma Gebr. Dippe bebaut zurzeit jährlich zum Zwecke der Samenreife etwa:

Zuckerrüben	2000-2500 Morgen
Getreide	4900 "
Kartoffeln	300 "
Salat und Zwiebeln	300 "
Kresse und Spinat	250 "
Erbsen	630 "
Bohnen	500 "
Rohh- und Mohrrabi	300 "
Radies und Rettich	150 "
Möhren	300 "
Petersilie u. andres Wurzelwerk	300 "
Gurken	40 "
An Blumenameren:	
Lebkojen	30 Morgen
Nestern	140 "
Rejeda	55 "
Phlox	20 "
Viola tricolor (Stiefmütterchen)	25 "
Ratichrus oboratus (bunte Wiede)	35 "
Sonstige Blumen	300 "

Provinz und Umgegend.

Kahardt und Plade.

Die Hoffnung, den vielmehrstrittenen Wahlkreis Calbe-Mecklenburger See der Sozialdemokratie wieder zu entfesseln, ist bei unsern Gegnern noch immer recht lebendig. In Alers fand am Donnerstag voriger Woche eine Versammlung statt, in welcher der vorjährige Reichstagskandidat für die Mittelstandsparthei, Obermeister Kahardt aus Berlin, über das Thema „Was hat der gewerbl. Mittelstand vom Staat und von den politischen Parteien zu erwarten?“ sprach. Kahardt stellte die bekannten rückschlittlichen Forderungen der Mittelstandsreiter auf, als da sind: Einschränkung der Gewerbfreiheit, Einführung und Ausbau von Berufsorganisationen, Aufhebung des Submissionswesens, der Gefangenarbeit und besonders Schutz des Bauhandwerkes, richtige Festsetzung der Warenpreise und Konsumvereine. Innerhalb gewisser Berufskreise sollen Normalpreise eingeführt werden. Der Redner will durch die Mittelstandsbewegung auch den kleinen Beamten, den Privatbeamten, den kleinen Bauern helfen. Er ist der Meinung, daß der Mittelstand sowohl von der Regierung wie von den bestehenden politischen Parteien nichts zu erwarten habe. Schließlich weist der Redner darauf hin, daß bei der letzten Reichstagswahl im Kreis Calbe-Mecklenburger See etwa 6000 Wähler der Wahlurne fern geblieben seien. Er werde es sich zur Aufgabe stellen, die Tauen und Unentschiedenen an die Wahlurne zu bringen.

Wenn Herr Kahardt diese Aufgabe gelöst hat, kann er wieder nach Berlin zurückkehren, aber immer noch ohne Reichstagsmandat, denn ganz abgesehen davon, daß unsere Partei dem Punkte die Trauben recht hoch hängen wird, denkt natürlich die nationalliberale Partei gar nicht daran, das Feld zu verlassen. Herr Major Plade ließ darüber keinen Zweifel, er schwang eine große Rede, in der er u. a. sagte: Er möchte nicht etwa die Legende aufkommen lassen, als ob Herr Kahardt nun der alleinige Kandidat der nationalen Parteien in Wahlkreis sein werde; er, Plade, scheidet bei der Kandidatenfrage, wie längst bekannt, selbstverständlich aus; dagegen setze zu vernünftlich zu erwarten, daß wiederum ein angelegener Mann aus dem Wahlkreis von seiner (Plades) gemäßigten politischen Richtung als Kandidat gefunden werden könne. Es sei dies auch im Interesse des siegreichen Kampfes gegen die Sozialdemokratie dringend nötig. Die Auffassung von Herrn Kahardt, daß vereinzelt Vertreter der Mittelstandsbewegung im Reichstage sich zugunsten ihrer Mandanten irgendwie wirkungsvoll zur Geltung bringen könnten, sei aus Unkenntnis der parlamentarischen Verhältnisse herorgegangen. Der Fehler der Deutschen, daß in möglichst viel Parteien und Parteien jeder nur seine Meinung zur Geltung zu bringen suche, sei der Grund zu der Schwäche der nationalen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, auch gegenüber der auf die parlamentarische Lebensmacht gerichteten Politik des Zentrum. Es sei wahrlich nicht an der Zeit, die Zersplitterung noch zu vermehren. Wenn diese oder jene nationale Partei es etwa zuzeiten an ausreichender Wahrnehmung der Interessen des Mittelstandes habe fehlen lassen, so sei es das Bessere, daß mittelstandsfreundliche Abgeordnete sich den bestehenden Parteien anschließen und in denselben gleichsam als Sanerzte wirken, als daß sie nutzlos mit mutmaßlich unerfüllbaren Forderungen auf verlorenem Posten ständen. Er könne — entgegen einer Kahardt'schen Behauptung — aus Erfahrung sagen, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion keineswegs irgendwie starrere Fraktionspolitik getrieben und die Minorität unterdrückt werde. Im Gegenteil, anfangs bekämpfte Anschauungen seien nicht selten schließlich ausschlaggebend geworden.

Herr Plade hat ganz recht! Die nationalliberalen Weichtiere sind schon aus rein physischen Ursachen nicht in der Lage, eine klare Politik zu treiben, ebensogut könnte man Käsequark zur Fundamentierung von Eisbrücken gebrauchen. Richtig ist auch, daß reaktionäre Anschauungen innerhalb der nationalliberalen Partei so lange „bekämpft“ wurden, bis sie nicht nur ausschlaggebend, sondern geradezu zum Programm der Partei wurden. Der Wunsch und die Absicht der Mittelstandsparteier, den gewerbl. Mittelstand zu stärken und gegen die Großunternehmungen widerstandsfähiger zu machen, den habe er, Plade, auch. Namentlich was den Schutz des Handwerks und der Landwirtschaft anbetreffend, brauche er nur immer wieder auf die bekannten Wassermann'schen Anträge betreffend Sicherstellung der Bauhandwerkesforderungen und Einführung des Befähigungsnachweises für das Bauhandwerk, sowie auf die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über den neuen Zolltarif hinzuweisen.

An diesen Behauptungen ist so viel richtig, daß die Anträge zum Schutze der Handwerker Anträge geblieben sind. Die Drahtzieher der nationalliberalen Partei, der Partei der Großindustrie und der Großbanken, sind viel zu gerissen, um nicht zu wissen, daß dem Handwerk das Ursache zum Klagen hat, überhaupt nicht mehr geholfen werden kann, und bei den Verhandlungen über den Zolltarif die dort und dort unvorsichtigerweise mit anführt, haben sich die Vertreter der Großindustrie mit den Großgrundbesitzern geeinigt, auf Kosten der Arbeiter und des mittelmittelsten Mittelstandes die Mittelstandsbewegung noch härter hinwegzumähen, die nächste Reife aber nicht abzuwarten, sondern die Erlöse den Nationalliberalen Partei zu überlassen.

Die Ausführungen Plades gipfelten in dem Hinweis, daß es nie bloß der oberste Teil des nächsten Wahlkampfes sein müßte, die Sozialdemokratie aus dem Wahlkreis zurückzuschlagen. Die sich entgegengesetzten Kandidaten der nationalen Parteien, an denen es nach der Wiedereinstellung der Kahardt'schen Kandidatur nicht fehlen würde, hätten ihre Anschauungen in lediglich sachlicher, jeder persönliche Geheißigkeit ausschließender Form zur Geltung zu bringen, um schließlich — das sei der innigste Wunsch aller patriotischen Männer des Wahlkreises — in vaterländischer Liebeserfreunung dem Sozialdemokraten das Mandat wieder abzunehmen. Für das Vaterland gegen den gemeinsamen Feind, das müßte die Parole sein.

Dieser Wunsch der Patrioten wird, so wenig er ist, doch ein frommer Wunsch bleiben, weder der mittelstandsbewerterische Konfessionarius und Schatzmacher Kahardt, noch die liberale Wölfe aus dem Kreise, die noch gefunden werden können, wird instande sein, den Kreis der Sozialdemokratie wieder zu entreißen.

Burg, 14. August. (Unsre Wahlvereins-Zeitung) findet diesen Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Vortrag über „Politische Tagesfragen“ und auch der Bericht von der letzten Generalversammlung. Da die letzte Versammlung in Folge schlechten Wetters die beiden genannten Punkte von der Tagesordnung abgesetzt hat, so ist nur bringend zu wünschen, daß diese Versammlung stark besucht wird. Parteigenossen! Es ist beschämend, bei einer so hohen Mitgliederzahl nur so schwach besuchte Versammlungen zu sehen. Wir erwarten von euch, daß sich dieses Verhältnis sehr ändert. Um die Versammlungen interessanter zu gestalten, werden jetzt Vorträge auf der Tagesordnung stehen, denen Diskussionen folgen sollen. Mit der jetzt hier herrschenden Passivität im politischen Leben muß getrocknet werden. Also vollzählig erscheinen zur Versammlung! Siehe Annonce! —

(Inhaftiert) werden mußte der in der Bruchstraße wohnende etwa 50 Jahre alte Pantoffelmacher G. W. wegen Glaubenszwangs z. Der Aufenthalt im Zuchthaus muß ihm wohl nicht sonderlich gefallen haben, weshalb er einen Ausfluß zu machen beabsichtigte. Zustatten kam ihm noch, daß das Zimmer, worin er untergebracht war, eins der unteren war. Er glaubte jedenfalls, indem er durch das Fenster stieg, leicht den Erdboden zu erreichen, hatte sich aber hierbei verrechnet. Beim Hinaussteigen fürzte er herab und zog sich einen doppelten Weindruck zu, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

(In der Bierfrage) ist bis jetzt noch keine Aenderung eingetreten. Die Herren Brauereibesitzer haben es sich jedenfalls leichter gedacht, den Konsumenten eine Bierpreisverbesserung zu diffundieren, als es in Wirklichkeit ist. Die Entschaltung der Biertrinker ist den Herren recht unangenehm, auch wenn einer der Herren prahlerisch ausruft: „Ich will doch mal sehen, wer es länger aushält, ich oder die.“ Dieser Herr vergißt nämlich, daß er so allererst Ursache hat, sich aufs hohe Pferd zu setzen, denn er hat ja seinen Reichtum erst den Arbeitern zu verdanken und es könnte sehr leicht eintreten, daß man zu der Erkenntnis kommt, und zwar für immer: wir brauchen das Bier dieses Herrn nicht, es gibt andres hier. Ferner mag der Herr nicht vergessen, daß die Konsumenten nicht feinetwegen da sind, sondern umgekehrt, und was sich daraus entwickeln kann, wird er wohl selbst wissen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen einige Arbeiter der G. Meinsten'schen Fabrik, Franzosenstraße, die am vorigen Montag gefasste Resolution noch nicht kennen, selbst solche, von denen man etwas andres erwartet hatte. Hoffentlich genügen diese Reilen, sie an ihre Pflicht zu erinnern. Tritt eine Aenderung in der Bierfrage ein, so wird entweder eine öffentliche Versammlung darüber beschließen oder die hiesige Parteileitung wird in der „Vollstimme“ eine entsprechende Bekanntmachung erfolgen lassen. Bis dahin also weiter Abstinenz geübt und nicht eines Fingers Breite von dem Beschluß abgewichen.

Calbe a. M., 14. August. (Ein Liebesdrama) spielte sich am Sonnabend hier ab. Der Sohn eines Ackerbürgers hatte ein Liebesverhältnis mit einem armen Mädchen, das von den Eltern des jungen Mannes nicht gern gesehen wurde. Vom Lange kommend, beschloßen die beiden, den Tod in der Wildis zu suchen. Sie banden sich mit einem Schal zusammen und gingen in den Fluß. Dem Mädchen

Lospflanzen für Samengewinnung werden kultiviert:

Lebkojen	zirka 250 000 Köpfe
Golblad	„ „ 60 000 "
Cinarien	„ „ 20 000 "
Calceolarien	„ „ 8 000 "
Nellen	„ „ 5 000 "
Primula chinensis	„ „ 80 000 "

Ferner noch Massen von Rernien, Gloginien, Eyclamen u. a. m. Die Gewächshäuser bedecken einen Flächenraum von zirka 5000 Quadratmeter. Das Gelände für Mistbeete umfaßt zirka 22 000 Quadratmeter.

An Arbeitspersonal ist tätig:

38 Beamte, Kontoristen usw.
4 Obergärtner
250 Gärtnergehilfen
25 Lehrlinge
126 Pferdebewachter einschließlich Hofmeister
86 Köchinnen
4 Schäfer
9 Portiers
1100 einheimische Arbeiter und Arbeiterinnen
250 schlesische und russische Arbeiter und Arbeiterinnen
500-600 Schulkinder.

Ferner an Handwerksbetrieben: eine Schmiede mit 1 Meister und 10 Gesellen, eine Schloßerei mit 1 Meister und 8 Gesellen, eigne Stellmacherei, Tischlerei und Glaseri, 1 Zimmerpolier mit 16 Gesellen, 1 Mauerpoler mit 18-20 Gesellen.

Zur Bearbeitung der Weiler sind neben einem eignen Pflanzschon und zwei bis drei gemieteten Dampfmaschinen zurzeit 300 beliebige Arbeitspferde und 460 jährliche Zugochsen notwendig. Außerdem werden gehalten zirka 80 Stutzochsen und Reitpferde und Füllen, zirka 150 Mastochsen und zirka 6000 Schafe. Der Jahresumsatz beträgt an Mastochsen und Stieren zirka 300 Stück, an Hammeln zirka 9000 Stück.

Daß die nötigen Gerätschaften zur Bestellung, Einernung, Bearbeitung und Reinigung der Samen usw. in möglicher Vollkommenheit vorhanden sind, besteht sich von selbst. Es werden stets die besten Maschinen für diese Spezialarbeiten angekauft, und es sind zurzeit im Betriebe: 4 Lokomotiven, 12 Dreschmaschinen, 21 Nähmaschinen, 26 Drillmaschinen und diverse Reinigungsmaschinen.

Mit Ausnahme der älteren Baulichkeiten sind die Gebäude

aus Eisen und Stein aufgeführt, um jeder Feuergefahr vorzubeugen; dieselben sind meist drei und vier Stockwerke hoch. Die Lager und Expeditionsräume sind einfach und so eingerichtet, daß unter möglichst wenig Zeitverlust einer dem andern in die Hand arbeite. Die Baulichkeiten der Firma bilden fast einen ganzen Stadteil für sich; sie sind ohne Inhalt mit mehr als 3 Millionen Mark versichert. „Da fast alle diese Gebäude“, so sagt die Firma selbst, „erst vom Jahre 1850 ab neu aufgeführt sind, so kann man hieraus ersehen, zu welcher Höhe das Geschäft in den 54 Jahren herangewachsen ist.“

Wie aber draußen in Feld und Hof die Maschinenarbeit ihren redlichen Anteil an der Bewältigung der Arbeit nimmt, so hat man auch hier zur Versorgung der internen Anlagen mit Licht und Kraft die Einrichtungen der modernen Technik herangezogen. Zwei Dampfmaschinen von zusammen 140 Pferdestärken dienen dazu, mit den nötigen Dynamos den zum Licht- und Kraftbetrieb erforderlichen Strom zu erzeugen, der zirka 30 Wogentlampen, zirka 6000 Glühlampen und 48 Elektromotoren speist. Bektere dienen neben verschiedenen Gasmotoren zum Antrieb von Dreh- und Reinigungsmaschinen sowie einer Anzahl von Aufzügen.

Diese Schilderung wird genügen, den modernsten großkapitalistischen Gartenbetrieb im Samenbau und Samenhandel in seiner Organisation vor Augen zu führen. Hüben wir hier kurz gleich noch einige Notizen über den Betrieb der Gartenbauameren auf dem Gandelstau ein, so bleibt zu sagen uns nichts mehr übrig. Im allgemeinen ist dieser Betrieb der im Handelsgeschäftsverkehr heute üblich; das heißt es werden illustrierte Preisverzeichnisse den Interessenten zugestellt, Inserate in den einschlägigen Zeitungen anlassen und Geschäftsreisen und Agenten unterhalten und in den örtlichen Niederlagen oder bei den Detailhändlern mit dem händlern zweiter Hand noch andre Beklamen ausgehandelt und den Samenkiten und Samenbeuteln bedruckt. Ferner kommt die briefliche, handschriftliche, die sogenannte direkte Bestellung, Bearbeitung der Kunden, in Anwendung. In letzteren Fällen hat man Generalvertretungen etabliert, die durch den Kletterbetrieb durch einheimische bzw. eingeborene Arbeiter besorgt.

Eine Anzahl Mecklenburger Geschäfte betreiben ihren Samenbau in verhältnismäßig nur geringem Umfang. In dem die von ihnen betriebenen Sämereien bis zu neun bis zehn Zeilen erst anderwärts (wie schon geschiedert) angekauft sind.

wurde die Sache aber leid, sie geriet den Schülern und brachte sich auf das Ende, während der Gefährte in dem Wasser der Wüste den letzten Tod fand.

Gefangenwerden, 14. August. (Sandhunger.) Im Zeltlande zu Gindabien befindet sich ein Berg, der den Zugang zu dem Meer des Rotesen Meeres bildet und der südlich auch den Meeresspiegel begrenzt. Der Kaffir Hermann Krull ge-... (Text continues with details of the incident and the man's fate).

Halberstadt, 14. August. (Der Streif) der Tischler wird unermesslich sein. Die Tischlermeister haben jede Forderung abgelehnt und lassen sich durch nichts, das sie eher Lohnabgabe machen müssen. Ein Teil der Tischler hat bereits die Arbeit eingestellt.

Saugenweddingen, 12. August. (Reichstreuer Verein.) Die Gründung eines reichstreuen Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist im Laufe dieser Woche hier vollzogen worden. Es ist zu bedauern, daß sich immer noch unter den Arbeitern Personen befinden, welche zu verächtlichen Manipulationen ihren Namen hergeben. Mit welchen Mitteln die Mitglieder für diesen Verein gewonnen werden, das ist mag nachheres Beispiel allen Arbeitern Saugenweddingen als warnendes Beispiel dienen. Der Vorsitzende des Vereins (Buchhalter der Zuckerfabrik) schrieb ein Zirkular und dieses wurde durch einen Boten von einem Gutshof zum andern getragen. Dort ließ man die Arbeiter zusammenkommen, der Gutsherr machte sie mit dem Inhalt des Zirkulars bekannt, worauf sie gefragt wurden ob sie geneigt seien, dem Verein beizutreten. Die Unterwürfigkeit des zurückgebliebenen ländlichen Arbeiters unter alles was vom „gütigen Herrn“ kommt, hat denn auch dazu geführt, daß eine Anzahl Mitglieder gewonnen wurde. An der organisierten Arbeiterkraft Saugenweddingen wird es nun liegen, mehr wie bisher in die Agitation für die freien Gewerkschaften und den Sozialdemokratischen Verein einzutreten, denn nur durch diese Organisationen kann die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gebessert werden. Zu bemerken ist noch, daß schon in der Mitte der 80er Jahre die Gründung eines reichstreuen Vereins vorgenommen wurde, der aber nach dreiviertel-jähriger Tätigkeit an Mitgliederzahl nicht allmählich wieder zugrunde ging. Denn wir recht unternimmt sind, soll im Laufe dieser Woche eine öffentliche Versammlung des reichstreuen Vereins stattfinden.

Bismarck, 14. August. (Korrigenden im Bergwerksbetrieb.) Zwei Unglücksfälle trugen sich wieder auf der Grube „Neue Hoffnung“ zu. Am Freitagabend wurde ein Arbeiter von der Korrigenden-Anstalt in Groß-Salze, der mit dem Abfahren von Kohle beschäftigt war, durch Herabfallen glühender Kohle infolge Ziehens des Schiebes am Kessel schwer verwundet. Der gleiche Unfall passierte einem andern Arbeiter am Sonntag früh. Beide Verletzte wurden sofort in die Krankenabteilung der Brauereiarbeitsanstalt in Groß-Salze übergeführt. Die Grubenverwaltung von „Neue Hoffnung“ scheint zu ihren niedrigen Löhnen die nötigen freien Arbeiter nicht mehr zu erhalten. Durch unzureichende Arbeiter aus der Korrigenden-Anstalt, die sich ab und an Leben und Gesundheit gefährden, wird der Betrieb aufrechterhalten.

Schönebeck, 14. August. (Ausstand der Schleifer) und Arbeiter in der Metallindustrie. Am Montag fanden Verhandlungen zwischen Arbeiterausschuss und Direktion statt, um eine Vereinbarung des Ausstandes herbeizuführen. Sie hatten jedoch kein zufriedenstellendes Resultat, so daß der Ausstand fortanert. In den letzten Tagen haben sich durch den hiesigen Ausweis in Magdeburg Hülfsarbeiter nach hier angeworben lassen, die nach gegebener Aufklärung natürlich wieder umkehrten. Wir erwarten, daß den Leuten im Ausweis zum mindesten gesagt wird, daß sie Streikbrecher verächtlich sollen, damit nicht Arbeitslose auch noch zweifelsweise Geld verdienen.

Bernigerode, 14. August. (Das 12. Bundes-Sängerfest des Harz-Arbeiter-Sängerbundes.) In den Räumen unserer Stadt fand am Sonntag ein Sängerfest statt, wie es wohl schöner nie zuvor vom Bund gefeiert worden ist. Schon mit den Frühjahren trafen die fremden Sänger ein. Der „Vollgärten“ konnte kaum die große Schar der Gäste, die in 21 Vereinen mit etwa 600 Sängern und Sängerinnen erschienen waren, fassen. Gegen 12 Uhr mittags fand im Hotel Monopol die Einweisung der neuen Gäste des Sängerbundes „Hilfsarbeiter“ Bernigerode statt, wozu die fremden Vereine Frühmahl und Schinken überreichten. Die Gesungen Albert Bartels, Bernigerode und Karl Schulze - Halberstadt hielten hierzu Ansprachen. Nachmittags waren alle Straßen mit Menschen angefüllt, um den großen Anzug zu sehen. Der sich um 3 1/2 Uhr vom „Vollgärten“ aus in Bewegung setzte. Vorher der Halberstädter Arbeiter-Klubverein, dann folgten der Reihe nach die 21 Vereine, teilweise mit Fahnen und drei Musikcorps. Amüsierend 2000 Personen marschierten durch mehrere hübsche Straßen der Stadt nach dem Festplatz. Nebenbei wurden die Sänger begrüßt und von zarten Frauenhänden mit Blumenkränzen bedeckt. Viele Häuser waren behängt. Auch auf dem Festplatz

waren Tausende von Menschen, so daß kaum für alle Platz vorhanden war. Der Bernigeroder Arbeiter-Sängerbund eröffnete durch sein Begrüßungslied das Fest. Die Harz-Arbeiter wurden dann zum Vortrag gebracht. Die Meeresbrandung dominierte die Worte der beiden Arbeiterlieder „Dem Feind entgegen“ und „Wir glauben an der Freiheit Sieg“. Die Soliloquien der einzelnen Vereine wurden musterhaft vorgetragen, sie lieferten den Beweis, daß die Pflege eines guten Gesanges überall vorhanden ist. Manche Vereine haben sich in ihren Leistungen ganz bedeutend verbessert. Den Höhenpunkt des Festes hat zweifellos der Arbeiter-Sängerbund Bernigerode davon getragen, der aber sehr tüchtige Sänger verliert. Alles in allem hat das Sängerfest einen befriedigenden Verlauf genommen und wohl alle Festteilnehmer werden noch recht lange sich der schönen Stunden erinnern. Den Sangesbrüdern und Genossen in Bernigerode muß für ihre Mithewaltung die vollste Anerkennung und der beste Dank ausgesprochen werden. Das Sängerfest hat wieder einmal bewiesen, daß die Arbeiter verstehen, Feste zu feiern. Darum immer vorwärts und unser Lob der Sieg!

Kleine Provinzialchronik. In Aken brannte am Sonnabend die Deutsch-Asiatische Holzfabrik. Ein Blüßtrahl hatte im Trockenraum gezündet und auch einen Arbeiter verletzt. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden, doch ist der Betrieb eingestellt. In der Papierfabrik in Calbe kam beim Anlassen der Maschinen ein Turbinenwärter zu Schaden und mußte mit einer schweren Schädelverletzung in das Krankenhaus befördert werden. Der Diener des Herrn v. Alvensleben in Genthin verunglückte dadurch, daß er vom Pferde stürzte. Er zog sich dabei einen Bruch des Schlüsselbeins zu. In Schenkenhorst verunglückte bei einem Brande zwei Feuerwehrlente. Beim Niederkommen eines Giebels schlug ein Sparren den Feuerwehrmann Heide aus Kremlau nieder, so daß der Tod auf der Stelle eintrat, der Kopf war total zertrümmert, das Gehirn weit umhergespritzt. Der auf so schreckliche Weise Ungekommenen ist Vater von acht Kindern, von denen sich erst zwei selbst ernähren können. Der Feuerwehrmann Heide, auch aus Kremlau, wurde von einem Balken getroffen und blieb besinnungslos liegen, er erholte sich jedoch nach einiger Zeit wieder, so daß zu hoffen ist, daß wenigstens dieser Unfall ohne ernstliche Folgen bleibt. In der Kackstraße in Staßfurt geriet der Arbeiter B. unter die Räder eines Kollwagens und wurde so erheblich über den Kragen gefahren, daß seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig wurde. Von einem äußerst betrübenden Unglücksfall wurde eine Familie in Lucheim betroffen. Ihr 1 1/2 Jahre altes Kind befand sich in der Wiege, an welcher, wie dies wohl öfter vorkommt, ein Band in Form einer Schleife befestigt war. In einem unbewachten Augenblick spielte vermutlich das Kind mit der Schleife und steckte den Kopf hinein; die Schleife zog sich fester um den Hals, und in wenigen Minuten war das Kind tot.

Bermischte Nachrichten.

Der Hund als Lebensretter. Eine aufregende Szene spielte sich dieser Tage am Markbach-Ufer in Berlin ab. Der achtjährige Sohn des Kaufmanns D. spielte dort mit einigen Altersgenossen auf dem Rasen am Ufer, als plötzlich ein mächtiger Bernhardsiner durch die Barriere gesetzt kam und am Wasser entlang spazierte. Der kleine J. wollte dem Tiere aus dem Wege gehen, doch der Hund drängte den Knaben spielend immer an der Uferlinie entlang. Plötzlich verlor das geängstigte Kind das Gleichgewicht und stürzte mit lautem Aufschrei rücklings in den Kanal. Einen Moment suchte der Hund, sprang dann aber mit mächtigem Geheul in das Wasser und hatte den gerade wieder aufstehenden kleinen am Jodett. Unter Aufbietung seiner ganzen Kräfte erlief er seine Herde dann so lange über Wasser, bis ein in der Nähe ankerndes Schiff in seinem Stahln herangerudert kam, um dem Tiere seine Last abzunehmen. Nachdem er sich tüchtig abgestüttelt hatte, stürzte der neue Spielgefährte wieder davon.

Die Entführung der Braut. Eine höchst phantastische Szene spielte sich dieser Tage in der Via Sistina in Rom ab. Ein Hochzeitszug kam die Straße entlang. Braut und Bräutigam Arm in Arm, gefolgt von einer großen Zahl von Freunden — die Männer in eleganter Kleidung und die Frauen in weißen Kleidern und mit prächtigen Juwelen geschmückt. Plötzlich kam ein junger Mann auf einem Zweirad heran, sprang herab, packte die Braut, nahm sie auf das Zweirad und fuhr mit ihr davon. Der Bräutigam und alle Augenzeugen des Vorganges schrien um Hilfe, und die Polizisten, die gerade in der Nähe waren, stürzten hinter dem Brautpaar her. Gegenüber der spanischen Gesandtschaft gelang es einem Polizisten, den lächerlichen Räuber beim Stragen zu packen. Eine große Menge sammelte sich an, aber jetzt trat etwas Unvorhergesehenes ein: Der Bräutigam und die Braut und ihre Freunde wandten sich gegen den Polizisten und erklärten ihm, er hätte sich gar nicht in die Angelegenheit zu mischen. Dieser aber verstand keinen Spaß und nahm den Räuber gefangen mit zur Polizei. Hier Härte es sich endlich auf, daß der Brautzug und die Entführung der Braut lediglich für eine Serie von Kinematographbildern, die sich ja in Italien der allgrößten Beliebtheit erfreuen, „gefilmt“ worden waren. Der einzige, der nicht zu der Gesellschaft gehörte und den Scherz daher falsch verstanden hatte, war eben der eifrige Polizist, der den Brautträger festgenommen hatte.

Eine neue Durchquerung der Sahara. Dem französischen Forscher Chudeau ist, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, im letzten Frühjahr eine erfolgreiche Durchquerung der

Sahara in östlicher Richtung geglückt, die eine Menge wichtiger Forschungsergebnisse liefert. Es hat den Anschein, als ob die Sahara im Süden ihren Wüstencharakter allmählich verliert, und ferner scheint festzustellen, daß in älterer Zeit — wann, läßt sich freilich zunächst nicht sagen — Gebiete, die heute Wüste sind und nur von den Nomaden durchzogen werden, eine verhältnismäßig zahlreiche sesshafte Bevölkerung gehabt haben müssen. Dies beweisen die vielen Funde von alten Siedlungs- und Grabstätten. Man kann also auf ein periodisches Zurücktreten und Vorbringen der Sahara schließen. Chudeau berichtet, daß die Gegend von Tanja, nördlich von Agades, im Herzen der Sahara, zwar viel Sand, aber noch keine Dünen hat, und daß die Hügel am Fuße mit Sand sich zu helleiden anfangen, so daß es sich hier um eine junge Wüstenbildung handelt. Dasselbe folgert er aus einem Funde westlich von Agades. Er traf dort in einem vollkommen ausgedörrten und heute unbewohnbaren Strich auf die Ruinen eines umfangreichen Dorfes, das nach der Lieferleistung der Bevölkerung von Agades erst „vor weniger als tausend Jahren“ verschunden sein soll. Sodann sah Chudeau auf seinem Wege zum Tadjee ein Gebiet fossiler, „toter“ Dünen, die ihre Beweglichkeit infolge von Vegetationsbildung verloren hatten und deren Formen infolge der Auswaschung durch Regenwasser verwittert waren. Auch begann sich dort ein Netz von Wasserläufen zu bilden oder ein offenbar früher vorhanden gewesenes, doch verwittertes hydrographisches Netz wieder zu füllen und schärfere Gestalt anzunehmen. Allerdings ist Chudeau im Zweifel, ob es sich um einen Prozeß von Dauer handelt oder nur um vorübergehende Erscheinungen und kurze Perioden. Denn es fehlt anderwärts nicht an Beobachtungen, die weitgehenden Schließungen zu widersprechen scheinen. So ist der Ort Gure, der vor 50 Jahren ein wichtiges Siedlungszentrum mit viel Wasser war, heute nur noch ein armseliges Dorf, dessen Quellen fast verstopft sind. — Versteigt ist seit einigen Jahren auch eine Quelle in Sinder. Die Sicherheit auf der Karawanenroute Chai-Agades-Sinder hat nach Chudeau in den letzten Jahren zugenommen. Während noch vor sechs Jahren die Tuareg die Karawanen sehr belästigten und auch einer starken militärischen Unternehmung Gefolge lieferten, passieren heute die Straße täglich Karawanen, selbst kleine von 20 bis 30 Kamelen. —

Bereine und Versammlungen.

Böttcher. In einer am 11. d. M. stattgefundenen Versammlung beschäftigte man sich mit der gegenwärtigen Lohnbewegung. Kollege Jensef ließ nochmals sämtliche Kollegen der einzelnen Betriebe berichten, ob noch einige Bemittlungen stattgefunden haben. Das war erfreulicherweise der Fall. Es werden somit zu den neuen Bedingungen 42 Kollegen in 15 Betrieben. In den Ausstand getreten sind 51 Kollegen in 17 Betrieben. Auch die Arbeitgeber der 17 Betriebe werden sich wohl oder übel in nächster Zeit genötigt sehen, die minimale Forderung eines Wochenlohns von 27 Mark bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit anzuerkennen, denn bei den heuligen Lebensmittelpreisen und unterhört hohen Steuern wird diese Forderung nicht als eine ungerechte hingestellt werden können.

Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null	
Flur, Eger und Mosbau.	
Flur	Wasser
Jungbunzlau	11. August + 0.02
Flur	12. August + 0.10
Budweis	11. August + 0.34
Budweis	12. August + 0.85
Prag	11. August + 0.06
Prag	12. August + 0.08
Innsbruck und Saale.	
Straubfurt	12. August + 1.50
Weißenfels Untp.	13. August + 1.50
Leititz	+ 0.42
Leititz	+ 1.66
Alteben	+ 1.36
Bernburg	+ 0.96
Salze Unterpegel	+ 1.54
Salze Oberpegel	+ 0.54
Milde.	
Deßau	12. August + 0.03
Mildebühle	13. August + 0.08
Elbe.	
Harzbiß	11. August - 0.35
Harzbiß	12. August - 0.32
Brandis	- 0.42
Melmitz	- 0.43
Melmitz	- 0.64
Leitmeritz	- 0.55
Leitmeritz	- 0.55
Auffig	- 0.36
Preßden	- 1.70
Preßden	0.02
Lorzau	+ 0.22
Lorzau	+ 0.17
Wittenberg	+ 1.10
Wittenberg	+ 0.57
Hofbau	+ 0.60
Hofbau	+ 0.57
Badby	+ 0.90
Badby	+ 0.86
Schönebeck	+ 0.73
Schönebeck	+ 0.68
Magdeburg	13. + 0.95
Magdeburg	14. + 1.00
Laugermünde	12. + 1.49
Laugermünde	13. + 1.44
Wittenberg	+ 1.22
Wittenberg	+ 1.21
Brandenburg	+ 0.70
Brandenburg	+ 0.64
Lauenburg	+ 0.79
Lauenburg	+ 0.74

Standesamt.

Magdeburg-Altkath., 11. August.
Eheschließungen: Rudolph Edmund Altheim mit Wally Jenni-... (List of marriages follows)

Magdeburg, 11. August.
Geburten: Gustav, S. des... (List of births follows)

Magdeburg, 11. August.
Todesfälle: Gustav, S. des... (List of deaths follows)

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

St. Petersburg, 14. August. Die Wahlen zur Duma werden, wie schon berichtet, im September ausgeschrieben werden. ... Ob. Petersburg, 14. August. Die hier weilenden russischen Flüchtlinge versichern, daß die massenhaften Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstand bereits getroffen seien.

Petersburg, 14. August. Die im Lager von Arasnoje-Selo vor sich gehenden Manöver sollen nach einer Meldung des Petersburger Korrespondenten der „Wnischen Zeitung“ beinahe zu furchtbaren Katastrophen geführt haben, da bei allen Truppenübungen unter die Soldaten eine große Anzahl schwarzer Patrone gemengt war.

Petersburg, 14. August. Gegen sämtliche Unterzeichner des Wiborger Aufrufs ist hinsichtlich der Unterjuchung wegen Artikel 129 (Aufreizung gegen die Staatsgewalt) bereits eingeleitet worden.

Petersburg, 14. August. Täglich kommen aus dem ganzen Lande Nachrichten über revolutionäre Unruhen. Die Unruhen greifen besonders nach den Agrarbezirken über. Die Bauern kirmen die Besitzungen der Gutbesitzer und brennen Häuser und Felder nieder.

Riga, 14. August. Der letzte Hausverwalter Brischke wurde gestern auf offener Straße von zwei unbekanntem Männern erschossen. Ein ihm zu Hilfe eilender Schynmann wurde gleichfalls getötet.

Warschau, 14. August. Der Schiffs des Depotchefs der Weichselbahn, Dorosiejew, wurde erschossen. Der Täter entkam.

Kiew, 14. August. Von heute ab wird in den Postkägen der Südwestbahn hinter dem Postwagen ein eigens in Stand gesetzter Wagen mit einem Militärkommando laufen, in welchem sämtliche Geldsendungen verwahrt werden.

Dobessa, 14. August. Eine Schilbwache des Seebataillons ist mit mehreren Gewehren flüchtig geworden.

Der Griechenkampf.

Sofia, 14. August. In Kiloa wurden nach einem anti-griechischen Meeting alle Läden und Lokale der Griechen gebrandschatzt. In Kowagagora fanden ebenfalls Demonstrationen statt.

Sofia, 14. August. Bei dem Grenzposten Patarija fand ein Kampf zwischen türkischen und bulgarischen Patrouillen statt. Die Türken hatten zwei Tote, von den Bulgaren wurde ein Soldat schwer verwundet.

Dresden, 14. August. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, wonach die Reichstagsersatzwahl im 10. sächsischen Reichstagswahlkreis Döbeln-Roswein, die durch den Tod des bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Grünberg erforderlich geworden ist, auf den 22. Oktober d. J. angelegt wird.

Frankfurt a. M., 14. August. Ein junges Mädchen, das in einer Wirtschaft mehrere Male zu Mittag aß und seine Beche nicht bezahlen konnte, bot dem Kellner als Pfand ein Paket an, in dem sehr gute Kleider enthalten sein sollten.

Frankfurt a. M., 14. August. Ein an Leptra erkrankter Rumäne, der von hier nach der Heimat transportiert werden sollte und in Passau an der Grenzstation von der österreichischen Behörde zurückgewiesen worden war, ist gestern wieder hier eingetroffen.

Paris, 14. August. Die Waffenstillstands-Periode des 105. Territorial-Regiments in Bourgoim bei Grenoble schloß mit einer antimilitaristischen Kundgebung gegen den Oberstleutnant Froient, welcher sich weigerte, die gegen einige einkaufende Familienväter verhängte Haftstrafe aufzuheben.

Bereins-Kalender.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Alle Neustadt: Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Bezirksabend in der „Krone“. ... Abt. Neustadt („Krone“) Freitag.

Abt. Radfahrerbund Solidarität Magdeburg. Vereinsabend: Abt. Wilhelmstadt („Luisenpark“) Mittwoch; Abt. ... Abt. Neustadt („Krone“) Freitag.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 15. August: Mäßige südliche Winde, teilweise heiter. Stellenweise Gewitter; Temperatur nicht erheblich geändert.

fortfahren, die Fleischnot zu befreien und das baldige Ende der Zerrung zu prophezeien.

Krankeassen-Vorstände. Am Freitag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Mittelschule“ eine Versammlung der Freien Vereinigung der Krankenkassen-Vorstände Magdeburgs statt.

Verlegten-Automaten. Im Besitz der Briefschalterstelle des hiesigen Hauptpostamts sind jetzt drei Verlegten-Automaten aufgestellt, die sicher zur Erleichterung des Eintauschs der gangbaren Postwertzeichen beitragen werden.

Folgen der Nachtarbeit. Der Stoker Otto Holze aus Fernerleben hat sich in der Nacht zum Dienstag in der Fabrik von Otto Grönau u. Co. an der Stößmaschine den Zeigefinger der linken Hand abgequetscht.

Gerichts-Beitung.

Landgericht Magdeburg. (Ferien-Strammann.) Sitzung vom 13. August 1906.

Unterschlagung. Der vielfach bestrafte Arbeiter Albert Hoffe hier, geboren 1860, kaufte am 13. April d. J. von dem Gastwirt Zimmermann für 25 Bfg. Schnaps und erhielt auf ein in Zahlung gegebenes Beihmarkstück teuflich 1975 Mark herausgezahlt.

Diebstahl. Die Dienstmagd Marie Schneider aus Schönebeck, geboren 1886, diente bei dem Landwirt Blumenthal zu Calenberge und stahl seiner Tochter am 1. November 1905 eine goldene Uhrnehr Kette, die der Diebin wieder abgenommen wurde.

Aus Hunger. Der Fürsorgezögling Paul Schulze aus Gerwisch, geboren 1894, verstarb am 17. Mai d. J. im Hause des Handelsmanns Götzmann gemeinschaftlich mit dem noch nicht strafmündigen Bruder einen Einbruchsdiebstahl.

Eine Verhaftung mit Hindernissen. Der Köpfermeister Kurt Burkhart zu Aken, geboren 1871, sollte am 11. April d. J. durch einen Polizeibeamten zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe verhaftet werden, weigerte sich aber, zu folgen.

Sitzung vom 14. August 1906.

Gefängnis für ein Kind. Frieda Buch, geboren 1893 zu Barby, erbrach am 14. März d. J. in einem Klassenzimmer der Schule einen Schrank und stahl daraus 80 Bfg., die sie vernaschte; ferner Bäckereimüll und Löffelblätter, die sie verbrannte.

Ein merkwürdiger Diebstahl. In der Nacht zum 19. Dezember 1905 wurde an dem Jaloufcladen des Bäckermeisters Sonntag zu Bömmelte gerüttelt. Als dieser darauf zum Fenster hinauskam, erhielt er von dem draußen stehenden Maurer Friedrich Fabian dafelbst, geboren 1879, einen tödlichen Faustschlag in das rechte Auge.

Kleine Chronik.

Kammerherr und Kammerfrau. In der vielbesprochenen Affäre des Fräulein Milewska, der ehemaligen Kammerfrau der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein, fanden am Montag vor dem Dresdner Amtsgericht wieder zwei Termine an. Es handelte sich um die Vorgänge in Ägypten und die Rolle, die der Kammerherr v. Blumenthal dabei gespielt habe.

Beförerte Telegraphenlinien. Im Haupt-Telegraphenamte in Leipzig brach am Montag ein Brand aus, der sofort gelöscht werden konnte. Trotzdem sind sämtliche telegraphische Leitungen durchgebrannt mit Ausnahme derjenigen nach Halle und Dresden.

Der Bierkrieg in Chemnitz hat eine Verschärfung erfahren, die dazu beitragen muß, daß der Kampf von der konsumierenden Arbeiterschaft noch härtnädiger geführt wird. Die Scharmacher des Brauereiverbands haben die Maßregelung der in den Ringbrauereien stehenden organisierten Brauereiarbeiter beschloffen und bereits mit der Entlassung der Vertrauensleute und der Brauer sowie einiger Handwerker begonnen.

Was die Kuh alles frist. Ein erbauliches Dokument ist einem Erfurter Gärtnermeister zur Aufbewahrung übergeben worden. Es stellt ein Dienstvergnis eines eben bei ihm eingetretenen Strickers dar, das um so größeren Wert besitzt, als es das einzige Schriftstück war, das der Mann als Ausweis und Empfehlung vorlegen konnte.

Ein Freiniger. In der Nähe von Szabadra hat ein irrsinniger Grubarm vier Personen getötet und 14 schwer verletzt. Der Freiniger mußte von seinen eignen Kameraden erschossen werden, damit weiteres Unheil verhütet wurde.

Initiative mangle, um selbst bei Fragen, die für viele aus dem Gastwirtsberufe eine Existenzfrage bedeuten, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um aus der misslichen Lage, in die die Gastwirte durch das provozierende Vorgehen der Ringbrauereien hineingebredt worden sind, herauszukommen. Diese Aufgabe trat auch am Montag in Kaffischer Weise in der Erscheinung. Das war ein Kasten und Suchen nach Auswegen, ein Herumlabieren um den eigentlichen Kern der Sache, daß der beteiligte Eingeweihte den Eindruck gewann, als wolle man den Belz wälzen ohne ihn maß zu machen.

Erst nach mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden, doch in einer so wichtigen Frage das Wort zu ergreifen, kam die Diskussion in Fluß. Ein nochmaliges Verhandeln mit den Brauereibefizern wurde verworfen. Als einziges Mittel, um aus dem Dilemma herauszukommen, soll ein Appell an das Publikum dienen.

Ein besonders schlauer Gastwirt meinte, man müsse erst die Erhöhung des Bierpreises eintreten lassen, um das Publikum auf die Seite der Gastwirte zu bekommen.

Zum Schluß gelangte dann noch eine Resolution zur Annahme, worin gegen die von den Brauereien beliebte Erhöhung der Bierpreise protestiert und erklärt wird, daß die Gastwirte die Erhöhung nicht tragen könnten. Zu allem Ueberfluß wurde zu dieser Resolution noch ein Nachtrag angenommen, welcher lautet: „Sollten sich die Brauereien mit einer Reduzierung der Preise nicht einverstanden erklären, sieht sich der Gastwirtsverein veranlaßt, ab 1. September eine Erhöhung des Bierpreises eintreten zu lassen.“

Ueber die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, die am Montag abend tagten, sind uns folgende Berichte zugegangen:

Witten.

Die Versammlung war gut besucht. Nachdem der Bezirksleiter die Tagesordnung vom Parteitag bekannt gegeben, entspann sich eine Diskussion über die Anträge des Genossen Finte über § 7 des Parteiprogramms; die Anträge des Genossen Finte werden gegen 4 Stimmen abgelehnt. Dem Antrag Kassel auf Anstellung zweier Sekretäre im Parteivorstand wird zugestimmt. Weiter wird noch einem Antrag zugestimmt, welcher dahin geht, daß mehr Schriften für die Jugend herausgegeben werden.

Subenburg.

An der Versammlung nahmen etwa 150 Genossen teil. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Anträge zum Parteitag, lagen zwei Anträge vom Genossen Ehrenfried Finte und einer vom Vorstand zur Beratung vor. Die beiden ersten Anträge wurden abgelehnt, der Antrag des Vorstandes angenommen. Die Versammlung beschloß, zwei Delegierte zum Mannheimer Parteitag zu entsenden und der Generalversammlung die Genossen Holzappel und Hennig in Vorschlag zu bringen.

Weitere Lebensmittelsteuerung.

Die letzte Lebensmittelpreistabelle der „Statist. Kor.“ bringt die traurige Gewisheit, daß die Fleischpreise, deren lang andauernde Steigerung in 2. Vierteljahr d. J. zum Abschluß gekommen schien, erneut die Bewegung nach oben begonnen haben. Die Preiserhöhung erstreckt sich auf alle Fleischsorten, am meisten aber auf Rind- und Schweinefleisch; sie hat vornehmlich die weislichen Marktorte ergriffen, aber auch einige östliche, wie Dautzig, Bromberg und Gletwitz, zeigen starke Preisausschläge.

Table with 7 columns: Month, Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Speck, and an unlabeled column. Rows for July 1906, June 1906, and July 1905.

Es ist danach nur bei Speck ein Rückgang um 1 Pfennig gegen den Juni eingetreten, während auch Speck gegen das Vorjahr noch um 13 Pfennig gestiegen ist. Alle Fleischsorten zeigen eine Zunahme, die bei Schweinefleisch 5 Pfennig gegen den Vormonat ausmacht. Selbst Hammelfleisch ist wieder gestiegen.

Große Partie gebrauchter Herren- und Damenfahräder
 mit labellosen Pneumatikreifen, leicht, von 30.00 RM. an.
 Pneumatik mit Schraubfedern, Scheiben 3.00 RM., Kettschläuche 3.00 RM. Hier- auf nehme ich alte ausgediente Laufbede mit 1.00 RM., Luftschlauch mit 50 Pf. in Zahlung.
A. Rose, Magdeburg
 Breiteweg 264, 2843
 Orig.-Victoria-Nähmaschinen
 Pfeil-Nähmaschinen
 Parade-Fahräder
 Panther-Fahräder.

Wasche mit LUHNS wäscht am besten

Trotzdem
 ich auf Teilzahlung verkaufe, offeriere ich:
 ein Silberne Taschenuhren von 15.4 an
 ein Silberne Wand-Uhren von 3.4 an
 ein Silberne Wand-Uhren von 10.4 an.
 Versand auch nach außerhalb.
 Bestellung per Postkarte genügt.
 Keine Anzahlung.
 Abzahlung von 1 RM. p. Woche an.
 Reparaturen prompt u. billig.

Uhrenhandlung
 M.-Neustadt, Nikolaistraße
 Sudenburg, Lamsdorferweg 4 p.

Günstig für Brautleute!
Möbel-Ausverkauf
 Anderer Unternehmungen halber verkaufe ich mein großes Lager in einfachen und besseren Möbeln zu erstaunlich billigen Preisen.

**Salons
 Wohnzimmer
 Herrenzimmer
 Schlafzimmer**
 in allen gangbaren Holz- und Eilarten.
**Plüschgarnituren
 Sofas
 Chaiselongues**
 vom einfachsten bis zum elegantesten.

Fr. Gessler
 Berlinerstr. 30-31
 in Hause "Anker Hotel".

Trauer-Hüte
 Blaus, Kostümhüte
 Krepps, Flors etc.
 in großer Auswahl
Lange & Mürzer
 51a Salzweg 51a

Bis früh um fünf
 ist jeder Fußboden Reinhardt trocken, welcher abends mit **Pranges Bernstein-Ollack mit Farbe** getrichen worden ist. Derselbe trocknet ohne nachzulassen, besitzt vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pf. 1.50 RM., 5 Pf. 3.50 RM., 10 Pf. 6.50 RM. inkl. Farbe, ausgenommen 1 Pf. 65 Pf., bei 10 Pf. 1.30 Pf. 320
Erwin Prange, Lackfarben-Fabrik
 Berlinerstrasse Nr. 29, E. Schmiedehofstraße.

Buckauer Fisch-Halle
 Zensprecher 4475.  **Schönebeckerstraße 107a.**

Empfehle in nur blutreicher Ware und stromer Verpackung reiche Sendungen täglich ff. **Schwefel 15 Pf., Rabellen 12, Auschnitt 15 Pf., Seelachs 14, Auschnitt 17 Pf., große Schollen 25, Auschnitt 30 Pf., Mittel-Schollen 35 Pf., feinsten Holländer Rabellen 25, Auschnitt 30 Pf., Angelfisch 32 Pf.**
150 pfd. Delfin Mittwoch
 Delfin erjagt voll und ganz Kalb- und Schweinefleisch; ohne Abfall, ohne Gräten, reines Fleisch. Pfund nur 32 Pf. Gleich- zeitig bringe ich meine feinsten reichhaltige **us w a h l** in
ff. Räucherwaren und Marinaden
 in empfehlende Erinnerung.
 Meine vielbeliebten **Fisch-Karbonaden** sind täglich von morgens 5 1/2 Uhr an frisch gebraten zu haben. 503

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
 zum Preise von 25-60 RM.
Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billiger Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264 (Schornhorstplatz).
 Kellerei seit 1865 befäh. Geschäft dies. Branche.
 Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 576

Dem geehrten Publikum von Groß-Salze, Elmen und Umgegend zeige ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage eine **Buchbinderei, Papier- und Galanterie-waren-Handlung** eröffnet habe. Mit der Bitte, mein Unternehmen gütig unterstützen zu wollen, zeichne
Robert Mittag.

Dr. Thompson's Seifenpulver
 Marke - Schwan spart **Arbeit, Zeit, Geld.**
 Zu haben in allen besseren Geschäften.

Bermischt
 wird niemals der Erfolg b. Gebr. v. **Sieckmeyer & Co. Buchhandlung** v. Bergmann & Co. Radobühl mit Schupmanne: Sieckmeyer. Es ist die beste Seite gegen alle Arten Pesten, Cholera, Typhus, Scharlach, wie Malaria, Finnen, Pusteln, Bläschen, rote Flecken, Flechten usw. 2881
 A. Stadt 10 Pf. in Magdeburg:
 J. Friedrich Altmann 28.
 Richard Jurek, Eichenstraße 22.
 Viktorie-Apotheke, Kaiserstr. 94 b
 In Dresden: Hofen-Apotheke.
 Sieckmeyer-Nähmaschine, labellos, einfach, für 12 Pf. zu verkaufen. Eichenstraße 10, Hof 12. 319
 S. J. v. M. in Leipzig:
 Georgenplatz 3, part.
 Später: Sieckmeyer-Nähmaschine Garipotti, Eichenstraße 10, Hof 12. 319
 Guter zweier Harmonika, B.S., bill. abzugeben. Radobühlstr. 24, Hof 12, Hof 12. 319

Im Bad
 Spezialsauna des „Südlichen“ ist eingetroffen. : Preis 30 Pf.
Waldmann, Jakobstr. 49.

**Sandalen
 Spangenschuhe
 Segeltuchschuhe**
 empfiehlt alle Größen in ausgezeichneter dauerhaftester Fabrikation zu billigen Preisen. 403
W. Coors Sudenburg.

**Stanniol . . . Mk. 1.34
 Flaschenkapseln . . . 0.20
 Neutuch . . . 0.40
 W. Luftschläuche . . . 2.00
 W. Radmästel . . . 0.36
 Alt.Strümpfe—Wolle . . . 0.40
 Alles pro Kilo. 300
**Lampen, Gummi, Naku-
 latur, Metalle** kaufe zu höchsten Preisen.
F. Gersten, Gr. Junkerstr. 4.**

Zahn-Atelier
 Richard Sass
 Nr. 56 Breiteweg Nr. 56
 Zensprecher 4403
 Teilzahlung gestattet.
 Woche 1 Mark, monatl. 4 Mark (ohne Preiserhöhung).
 Strengste Diskretion zugesichert.
Zahnrücken schmerzlos.
 Spezialität: Zement-, Porzellan-, Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben
 Zahn-Reinigung. Solide Preise.

Radierwasser
 à Flasche 40 Pf.
 Buchhandlung Volksstimme.

Kanarienhähne
 zu höchsten Preisen!
J. Tischler, Annastraße 25.

**Täglich frische 500 Stück
 Bauernbutter 58 Pf.**
 5 Proz. Rabatt für Marken
**Wurfschmalz 50 Pf.
 Speckhälften 30 Pf.**
Butterhäl. Edelweiss
 40 Halberstädterstr. 40.

Küchenzettel
 der Magdeburger Volksküche
 Gr. Marktstr. 21.
 Mittwoch: Weißbrot mit Schweinefleisch.
 Donnerstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.
 Freitag: Gurkensalat mit Salzkaroffeln und Potirischem Käse.
 Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.
 Für Frauen parterre.

Süchtigen Auspöcher sucht
 A. J. Stenborg, Ankerstraße 14.
 Morgen, Donnerstag, abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, in Richard's Festsaal, Apfelstraße Nr. 9 (großer Saal) 197
Öffentlicher Vortrag
 des Herrn Dr. G. Kramer über **Der Fall Cesar**
 und des christliche Glaubensbekenntnis.
 Eintritt 20 Pf. Freie Aussprache.

Schiffenbörse
 hancenerstr. 88
 Einem geehrten Publikum von Magdeburg und Umgegend zur gef. Nachricht, daß ich seit 1. August d. J. wegen Preiserhöhung nicht mehr Schlichter, sondern **Händler** über hier zum alten Preise verpfe.
Alb. Peters.

Victoria-Theater
 Dienstag den 14. August 1906
Flachmann als Erzähler.

Burg
 Restaurant zum Hagen
 Bis auf weiteres
f. Mendorf's Ausbänk
Adolf Zersiegel. 498-501

An unsre Leser!
 Diejenigen Abonnenten, welche gewillt sind, den Roman „Die Kommune“ einbinden zu lassen, werden gebeten, denselben bis **15. August bei uns abzuliefern**
Buchhandl. Volksstimme, Jakobstr. 49

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg
 Fürstenufer 6-1 (nicht bei der Strombrücke), **Telephon 2844**
 Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Dienstboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr. Außer der Auskunftzeit ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

Köhler's CONCERT- u. BALHAUS. Buckau
 Mittwoch den 15. August 1906
Großes Gala-Kinder-Sommernfest
 Programm:
 1. Das Fest der Künstler, grossartiger Umzug
 2. Kindertänze
 3. Verschiedene Spiele
 4. Grosser Fackelmarsch
 5. Lebendes Bild mit Feuerwerk 494
Jedes Kind bekommt gegen Zahlung von 10 Pfg.: Eine Mähe, Laterne mit Stock und Licht und eine Leipziger Sängerkolade
Die Spielleitung
 habe ich Herrn Max Schwambach nebst zwei Damen übertragen und bitte höflichst, deren Anordnungen gütig zu unterstützen.
 Ergebenst ladet ein **Herm. Köhler**

Zirkus.
 Heute Dienstag den 14. August ringen:
Alph. Steurs, Belgier gegen **H. Wagner**, Magdeburger
Paul Helfert, Magdeburger gegen **H. Schwarz**, Süddeutschl.
 und der große Entscheidungskampf zwischen **Tom Jackson**, Australien und **Casaroni**, Stallen. 499
 Wer wird siegen?
 Vorher: Spezialitäten. Hierauf:
Die zweite Frau.
 Neu! unter Mitwirkung von Dir. Waldburg. Anfang präzis 8 Uhr

Achtung! Diesdorf und Umgegend Achtung!
 Sonntag den 19. August findet im Gasthof zum Weissen Hof (Znh. S. Hildebrandt) ein **Großes Volks- und Kinderfest**
 statt. U. a.: Preisfesten, Preischießen u. Kinderbelustigungen. Um 9 Uhr nachm.: Großer Festzug. Um 8 Uhr abends: Fackelzug. Um 11 Uhr abends: Große Blumen-Verlosung und Verteilung der Regel- u. Schießpreise. Entree: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Jedes Kind erhält an der Kasse Schärpe, Lampion mit Licht und Stock
 Ergebenst ladet ein **Das Komitee.**

Freie Turnerschaft Burg
 Sonnabend den 18. August
 — Feier des —
XI. Stiftungsfestes
 im „Hohenzollernpark“
 Programm:
 Von 7 1/2 Uhr ab: **Garten-Konzert.**
 Um 9 1/2 Uhr: **Vorstellung des hies. Stadttheater-Ensembles** „Das Schwert des Damokles“, Schwan in einem Akt.
 Um 11 Uhr: **Massen-Pyramiden** (120 Pers.) im Garten bei bengalischer Beleuchtung
Nachdem! Ball.
 Während des Balles: Extra-Aufführungen, u. a. Fahnenstümpfen der Damen-Abteilung (20 Turnertinnen). 502
 Entree 30 Pf. **Entree 30 Pf.**
 Freundlich ladet ein **Das Komitee.**

Burg. Sozialdemokratischer Verein.
 Donnerstag den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Hohenzollernpark“
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Politische Tagesfragen. Vortrag des Genossen R. Humtritt. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Berichtedines.
 Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, damit der Vortrag nicht wieder zurückgestellt werden muß.
Der Vorstand.